

Wortprotokoll

der öffentlichen Sitzung

des Sonderausschusses "Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg"

Sitzungsdatum: 16.08.2018
Sitzungsort: Hamburg, Rathaus, Großer Festsaal
Sitzungsdauer: 17.05 bis 18.42 Uhr
Vorsitz: Abg. Milan Pein (SPD)
Schriftführung: Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Sachbearbeitung: Frauke Bai

Tagesordnung:

1. Drs. 21/9805 Parlamentarische Aufarbeitung nach dem G20-Gipfel – Einsetzung eines Sonderausschusses „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“ – Dank an alle Einsatzkräfte – Härtefallfonds für Entschädigungen sofort verfügbar machen
(Antrag SPD, GRÜNE)

mit
- Drs. 21/9987 Nach den verheerenden Ausschreitungen beim G20-Gipfel – Schmerzensgeld für verletzte Einsatzkräfte sichern
(Antrag CDU)

mit
- Drs. 21/9873 Dem Linksextremismus in Hamburg konsequent den Nährboden entziehen – Aktionsplan nach den verheerenden Gewaltexzessen beim G20-Gipfel
(Antrag CDU)

mit

Drs. 21/9965 Bericht des Innenausschusses zum Thema "Demonstrationsgeschehen im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel in Hamburg, Sicherheitskonzept und Einsatztaktik der Polizei und Feuerwehr" (Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
(Ausschussbericht Innenausschuss)

mit

Drs. 21/9760 Bericht des Innenausschusses zum Thema „Planungsstand Sicherheitskonzept G20 in Hamburg“ (Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
(Ausschussbericht Innenausschuss)

und

Der Ausschuss befasst sich mit dem Auftrag, die gewalttätigen Ausschreitungen, die im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel in Hamburg stattgefunden haben, aufzuarbeiten und eine Analyse und ganzheitliche Betrachtung von Tat-, Täter- und Unterstützungsstrukturen, des bundesweit abgestimmten Sicherheitskonzeptes sowie weiterer relevanter Umstände vorzunehmen.

(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)

2. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Ksenija Bekeris (SPD)
Abg. Henriette von Enckevort (SPD)
Abg. Martina Friederichs (SPD)
Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Abg. Carl-Edgar Jarchow (FDP)
Abg. Antje Möller (GRÜNE)
Abg. Arno Münster (SPD)
Abg. Dirk Nockemann (AfD)
Abg. Daniel Oetzel (FDP)
Abg. Milan Pein (SPD)
Abg. Jan Quast (SPD)
Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Sören Schumacher (SPD)
Abg. Juliane Timmermann (SPD)
Abg. Dr. Anjes Tjarks (GRÜNE)
Abg. Karl-Heinz Warnholz (CDU)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Danial Ilkhanipour (SPD)
Abg. Urs Tabbert (SPD)

III. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Senator Andy Grote
Staatsrat Bernd Krösser

IV. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Dr. Jörn Rathje
Frauke Bai

V. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

Bis zu 30 Personen.

Zu TOP 1

Vorsitzender: So. Wir würden dann langsam anfangen. Darf ich alle bitten, Platz zu nehmen? Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie ganz herzlich willkommen zur 15. Sitzung des Sonderausschusses Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg. Ich hoffe, dass Sie alle eine erholsame Sommerpause hatten und die Hitze gut ausgehalten haben und gestärkt sind für die parlamentarischen Aufgaben, die Sie und uns alle erwarten.

Wie immer am Anfang der Sitzung der Hinweis darauf, dass wir ein Wortprotokoll führen und einen Livestream im Internet haben. Und heute haben wir dann doch eine Tagesordnung, wo ich am Anfang jetzt einmal kurz etwas vorlesen muss, da wir die Drucksache ja gemeinsam beraten.

Abg. Christiane Schneider: Sie sind sehr schwer zu verstehen, weil es so hallt. Vielleicht kann irgendwas an der Technik geändert werden, aber wahrscheinlich müssten Sie näher ran.

Vorsitzender: Also ich gehe einmal ein bisschen näher ran und dann gucken wir einmal, ob beim Hall auch noch ein bisschen was gemacht werden kann. So. Also wir fangen an mit der Drucksache 21/9805, Parlamentarische Aufarbeitung nach dem G20-Gipfel – Einsetzung eines Sonderausschusses – Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg, hier zusammen mit Drucksache 21/9987: Nach den verheerenden Ausschreitungen beim G20-Gipfel – Schmerzensgeld für verletzte Einsatzkräfte sichern, Antrag der CDU, mit Drucksache 21/9873: Dem Linksextremismus in Hamburg konsequent den Nährboden entziehen – Aktionsplan nach den verheerenden Gewaltexzessen beim G20-Gipfel, Antrag der CDU-Fraktion, mit Drucksache 21/9965: Bericht des Innenausschusses zum Thema Demonstrationsgeschehen im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel in Hamburg, Sicherheitskonzept und Einsatztaktik der Politik und Feuerwehr, Selbstbefassung gemäß Paragraph 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft, Ausschussbericht Innenausschuss, mit Drucksache 21/9760: Bericht des Innenausschusses zum Thema Planungsstand Sicherheitskonzept G20 in Hamburg, auch eine Selbstbefassungsangelegenheit. So.

Und wir haben als Thema die abschließende Beratung. Erlauben Sie mir, bevor wir anfangen, die Vertreter der Medien noch einmal darauf hinzuweisen, dass keine Fotoaufnahmen mehr gestattet sind. Ab jetzt.

So. Ein Hinweis zur Tagesordnung von Herrn Gladiator. Bitte.

Abg. Dennis Gladiator: Vielen Dank. Da wir ja wissen, dass SPD und GRÜNE in den Fragen immer etwas mehr Zeit brauchen, sich zu einigen, und weil wir die Ergebnisse des Ausschusses auch noch berücksichtigen wollen, würden wir heute die beiden Anträge, die wir im Ausschuss haben, zurückziehen und mit dem Abschlussbericht ins Plenum einbringen und können dann noch Ergebnisse auch der Beratung mit einfließen lassen. Ich glaube, das macht Sinn.

Vorsitzender: Vielen Dank. Dann machen wir ... Dann geschieht das so. Die werden zurückgezogen, werden gegebenenfalls Gegenstand des Berichtes oder weiterer parlamentarischer Initiativen.

So. Bevor wir anfangen, meine Damen und Herren, dies ist die letzte Sitzung des Sonderausschusses. Und mit dieser Aussprache schließen wir die Arbeit hier im Ausschuss ab. Es ist ja bereits im Vorwege vereinbart worden, dass jede Fraktion in dem Bericht, den der Sonderausschuss der Bürgerschaft zuleiten wird, eine eigene Stellungnahme abgibt. Hierauf hatten wir uns schon frühzeitig mit allen Fraktionen verständigt. Ich denke, das Standardkonzept von Mehrheitsbeschluss und Minderheitenvotum, für das immerhin noch eine 25-prozentige Zustimmung sonst notwendig gewesen wäre, hätte es ansonsten auch unmöglich gemacht, die vielen unterschiedlichen Blickweisen und Bewertungen der Ereignisse rund um G20, die dieser Ausschuss hier vorgenommen hat, angemessen wiederzugeben.

Der Bericht, in dem nicht nur eine Bewertung, sondern auch Schlussfolgerungen und Konsequenzen aus den Ereignissen um G20 gezogen werden sollen, wird in der Bürgerschaft debattiert werden. Das ist auch richtig so, denn eine abschließende Debatte muss im Parlament stattfinden, und als Ausschussvorsitzender möchte man natürlich in einer solchen Situ-

ation gern Dinge zusammenführen und Gemeinsamkeiten herausarbeiten. Es liegt allerdings in der Eigenart unseres Beratungsgegenstandes und auch an den sehr persönlichen Erfahrungen, die jede Hamburgerin und jeder Hamburger in den Tagen von G20 gemacht hat, dass es nicht den einen Blick auf diese Ereignisse gibt und nicht die eine Bewertung. Deswegen kann ich lediglich feststellen als Vorsitzender, dass wir uns als Ausschuss der erheblichen Belastungen, die für viele Hamburgerinnen und Hamburger mit den Ereignissen rund um G20 verbunden waren, bewusst sind. Wir haben uns zum Beispiel in der öffentlichen Anhörung ein Bild machen können von den teilweise bis heute noch nachwirkenden Erfahrungen.

Wir haben insgesamt in 15 sehr langen Sitzungen uns mit allen Details und Ereignissen des G20-Gipfels beschäftigt. Wir haben Dutzende Vertreterinnen und Vertreter des Senates und der Behörden angehört, teilweise mehrfach, haben 24 Auskunftspersonen gehört, und über jede Sitzung ist ein Wortprotokoll angefertigt worden, das für jeden öffentlich in der Parlamentsdokumentation weiterhin abrufbar ist und bleiben wird. Und wer sich heute oder auch in Zukunft ein eigenes Bild rund um die Ereignisse G20 machen möchte, der wird dort in den Wortprotokollen und auch in dem Bericht eine nützliche Quelle dafür finden.

Damit, und mit dem Bericht, den wir der Bürgerschaft zuleiten werden, ist nach meiner Überzeugung ein Beitrag geleistet, die Ereignisse um G20 aufzuarbeiten. Wenn es so gelingt, Vertrauen in staatliches Handeln und auch in politisches Handeln zurückzugewinnen, dann war es auch ein Erfolg. G20 wird aber ein Thema bleiben, das im Gedächtnis der Stadt seinen dauerhaften Platz einnehmen wird. Und die parlamentarische Aufarbeitung im Sonderausschuss findet heute und in der abschließenden Debatte zwar ihr Ende, politisch und gesellschaftlich bleiben aber diese Tage weiter auf der Tagesordnung und werden sicherlich auch Gegenstand und Anlass weiterer politischer Initiativen bleiben.

So viel vielleicht als das, was man als Ausschussvorsitzender sagen kann, und jetzt würde ich mich freuen, wenn wir die Aussprache eröffnen. Frau Friederichs hatte sich bereits gemeldet.

Abg. Martina Friederichs: Meine Damen und Herren, Herr Vorsitzender! Die gewalttätigen Ausschreitungen während des G20-Gipfels waren ein einschneidendes Erlebnis für unser Hamburg, für unsere Bewohnerinnen und Bewohner. Das darf sich nicht wiederholen. So haben wir es schon im Auftrag des Sonderausschusses festgehalten. Und so wichtig es ist, dass Staatschefs zusammenkommen und sich austauschen, solche starken Beeinträchtigungen hätte es aber für die Hamburgerinnen und Hamburger nicht geben dürfen.

Dennoch ist es wichtig in einer Demokratie, dass es möglich ist, dass solche Gipfel auch in Metropolen stattfinden können und nicht nur an abgelegenen Orten oder auch in Sperrbezirken. Transparenz ist wichtig auch in der internationalen Politik. Dazu gehört es, dass Bürgerinnen und Bürger daran teilhaben, mit Demonstrationen und friedlichen Protestformen ihre Meinung kundtun können.

Selbstverständlich gibt es berechtigte Kritik an den Auswüchsen des Weltwirtschaftssystems. Wir Sozialdemokraten hatten auch rund um den G20-Gipfel eine Demonstration angemeldet. Das passt wunderbar in unsere Stadt. Gerade Hamburg mit seinen vielen Verlagen, Rundfunkanstalten und auch aktiven Nichtregierungsorganisationen der langen parlamentarischen Tradition und den wachen Bürgerinnen und Bürgern haben eine solche Transparenz verdient und bieten eine solche Transparenz. Die Bilder, die am Gipfelwochenende aus unserer Stadt um die Welt gingen, haben unserem Ruf allerdings als weltoffene Metropole nicht unbedingt geholfen. Gewalttäter aus ganz Europa haben leider die berechtigte Kritik vieler gewaltfreier G20-Gegner überlagert. Auch das sollte sich nie wiederholen dürfen.

Zur Transparenz hat im Nachhinein – das wurde eben schon angedeutet – unser Ausschuss durchaus seinen Teil beigetragen. Noch nie in der Geschichte unserer Stadt hat man sich politisch wohl so intensiv mit einem Polizeieinsatz beschäftigt, dem wohl größten in der Hamburger Geschichte. Hier gilt es auch der Innenbehörde, der Polizei, Verfassungsschutz und schließlich der Justiz ein Dank für die Bereitschaft auszusprechen, an der Aufklärung rund um den Gipfel mitzuarbeiten und hier ihre Arbeit gut zu machen. Es wurde nichts ausgesessen. Allerdings wäre es durchaus erfreulich gewesen, wenn die Bundesbehörden eben solche Transparenz an den Tag gelegt hätten wie ihre Hamburger Kolleginnen und Kollegen. Dennoch ist die Sonderausschussarbeit gelungen in einem Jahr, durchaus oft harte Arbeit. Wir konnten eine detaillierte chronologische Analyse vornehmen, von der Vorbereitung über die Durchführung und letztlich dann noch die Bewertung des Geschehens rund um den Gipfel im vergangenen Sommer.

Das Ganze erfolgte, finde ich, sehr sachlich und zugleich mit kontroversen Diskussionen, wie zu erwarten war. Alle Themen aus dem anfangs bestimmten Fahrplan haben wir ausführlich behandeln können in den 15 Sitzungen. Auch die Wahl des Sonderausschusses als das Gremium, was wir parlamentarisch genutzt haben zur Aufarbeitung, hat sich gelohnt. Es hat die nötige Transparenz sichergestellt, zum einen die Öffentlichkeit an unserer Arbeit teilhaben zu lassen und auch – das muss man sagen – zeitnah in die Aufarbeitung einsteigen zu können.

In den vergangenen Monaten haben wir einen Senat erlebt, der durchaus selbstkritisch und sehr verantwortungsvoll agiert hat. Der damals amtierende Bürgermeister hat sich entschuldigt bei der Stadt. Olaf Scholz hat aufrichtig bedauert, dass sein Sicherheitsversprechen nicht eingehalten werden konnte. Zudem hat der Senator in den Ausschusssitzungen ebenfalls, so weit nötig, Fehler eingeräumt. Aber mit einer solchen hemmungslosen Gewaltbereitschaft war, wie wir an vielen Stellen in der Ausschussaufarbeitung gesehen haben, nicht zu rechnen und auch nicht mit der Intensität der aufwendig geplanten und organisierten Angriffe durch Extremisten. Ich darf hier beispielsweise an die Fingertaktik aus dem Camp sowie die Vorfälle an der Elbchaussee und der Großen Bergstraße samt militantem Vorgehen oder das Anlegen von Verstecken erinnern.

Durch die vielen, fast 100 friedlichen Demos rund um den G20-Gipfel und mit dem alternativen Gipfel wurden Maßstäbe gesetzt für eine friedliche Protestkultur in unserer Demokratie, überlagert eben die Arbeit von vielen, vielen Ehrenamtlichen durch die gewalttätigen Ausschreitungen und Plünderungen von Supermärkten, die mit politischen Äußerungen einfach nichts mehr zu tun haben. Die Brutalität mancher Extremisten hat uns alle erschreckt, Stein- und Flaschenwürfe auf Polizisten, angezündete Autos, Attackieren eines Möbelhauses mit Mitarbeiterinnen darin. Erschreckend auch, wie wenig mancher Akteur hinterher Selbstkritik geübt hat. Anders war das durchaus hier in der Bürgerschaft, zumindest bei den meisten Fraktionen – das hat der Sonderausschuss gezeigt – und die sachlich gute formelle Zusammenarbeit der Fraktionen und Obleute.

Wir haben über alle Parteigrenzen hinweg und Ideologien gemeinsam das Geschehen erfasst und dazu viele Auskunftspersonen und Experten gehört. Wir haben uns – und das liegt in der Natur der Sache, das muss man noch einmal feststellen – hauptsächlich mit der Polizeiarbeit und dem Einsatzgeschehen beschäftigt. Über Straftäter haben wir selbstverständlich nicht zu urteilen. Das erfolgt an anderer Stelle.

In den vergangenen Monaten haben wir uns intensiv mit den Versammlungsvorläufen, insbesondere Welcome to Hell, dem Gewaltausbruch an der Elbchaussee und der Schanze auseinandergesetzt. Eine Erkenntnis daraus war, die Gruppe der Gewalttäter war teilweise überaus heterogen. Politisch motivierte Straftäter ohne politische Motivation und – ich nenne

es einmal – Spaßvolk kamen zusammen. Dazu gab es bestimmte Phänomene, dass Verhaltensmuster von Unbeteiligung hin zu Täterschaft kurzfristig gewechselt wurden, was wiederum den Umgang mit der ohnehin schon heterogenen Gruppe sehr diffizil gemacht hat. Und das wird für die Zukunft sicherlich auch noch einmal eine Rolle spielen, dieses Phänomen zu betrachten und für die Zukunft etwas zu ändern.

Im Ausschuss haben wir durch den Livestream der Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben, Sitzungen jederzeit zu verfolgen. Jede Hamburgerin, ja Menschen weltweit konnten uns bei der Aufklärung der Ereignisse zusehen. Und es gab zudem die Möglichkeit, jederzeit uns Abgeordnete mit Fragen und Anregungen anzusprechen. Auch wir haben unsererseits den Kontakt zu vielen Betroffenen und Interessierten gesucht, waren an den Orten der Geschehnisse.

Wichtiger Teil des Sonderausschusses war in diesem Zusammenhang die Vor-Ort-Sitzung in der Kulturkirche in Altona Ende Mai. Mich hat die Offenheit der Menschen dort überzeugt. Sie haben von ihren Erlebnissen während des Gipfels sehr eindrücklich berichtet, von ihren Sorgen damals und von ihren Ängsten, und dennoch habe ich die Stimmung durchaus als konstruktiv empfunden, und dafür möchte ich mich noch einmal bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Ausschusssitzung vor Ort bedanken.

Mit dem Abschluss des Sonderausschusses werden wir das Thema G20 nicht ad acta legen. Im Innenausschuss haben wir weiterhin die Möglichkeit, uns mit den Themen auseinanderzusetzen. G20 ist zwar ein Ausnahmeereignis gewesen. Nichtsdestotrotz sind viele Handlungsweisen für größere und auch kleine Ereignisse sowie Veranstaltungen in der Zukunft abhaltbar.

Im Hinblick auf die Folgen aus G20 ist zudem bereits einiges passiert seit dem letzten Sommer. Unmittelbar im Anschluss an den Gipfel wurde ein Härtefallfonds zur Sachentschädigung der Betroffenen eingerichtet, wo heute knapp 850 000 Euro bereits ausgezahlt wurden. Die eingerichtete SOKO Schwarzer Block arbeitet, wie wir in mehreren Sitzungen erfahren haben, erfolgreich. Die europaweite Öffentlichkeitsfahndung und mehrere neue technische Verfahren haben dazu beigetragen. Und welche neuen Verfahren der SOKO Schwarzer Block geeignet sind, auch in der regulären Verbrechensbekämpfung zukünftig eingesetzt zu werden, wird man in der Zukunft prüfen und vornehmen.

Die Rote Flora bleibt ein Reizthema. Es darf nicht der Fehler gemacht werden, sich in der Diskussion um militante linksextremistische Strukturen allein mit der Flora zu beschäftigen und auf diese zu fokussieren. Auch das hat der Ausschuss gezeigt. Die Forderung einer Schließung des Zentrums von gewissen Oppositionsparteien erscheint mir hier wirklich nur als populistisches Getöse und kein verantwortungsvoller Umgang. Zu Beginn wurde diese Forderung schon aufgestellt, am Ende dieselbe. Ich weiß nicht, wo da der Lernprozess ist. Der Konflikt würde hier lediglich angeheizt werden und ein Dialog gänzlich unmöglich werden. Nach dem aktuellen Ermittlungsstand ist den Akteuren der Flora kein strafbares Handeln nachzuweisen. Eine Räumung ist insofern heute nicht gerechtfertigt. Klar ist aber auch, dass es keine rechtsfreien Räume geben kann und in Zukunft Handlungsoptionen geprüft werden müssen, soweit es Gewalttaten oder Bekundungen zur Gewaltbereitschaft von dort gibt.

Wichtiger Schluss – ich komme zum Ende – aus G20 ist auch die Neustrukturierung und die Stärkung der Bereitschaftspolizei durch Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten, dass zukünftig schneller gehandelt werden kann in bestimmten Situationen. Die taktischen und technischen Fähigkeiten der Polizei werden durch die damit einhergehende Verbesserung der Ausrüstung beziehungsweise der Ausstattung dieser Kräfte gestärkt. Weitere Konsequenzen werden noch folgen. Die werden wir ebenfalls im Bericht darlegen.

Zum Abschluss des Sonderausschusses wird in Kürze, wie Sie eben erfahren haben, der fertige Ausschussbericht neben den Sitzungsprotokollen auch die Stellungnahmen aller Fraktionen enthalten. Dass alle Parteien darin, positiv gesagt, die Möglichkeit haben, eine Stellungnahme abzugeben, ist dabei von Beginn an unter den Fraktionen vereinbart worden und nicht, wie es jetzt teilweise schon zu hören und zu lesen war, ein Zeichen der Uneinigkeit. Das ist eher die Möglichkeit, die Meinungsvielfalt noch einmal am Ende ganz detailliert darzustellen. Im Ergebnis können wir heute festhalten, dass die Arbeit des Ausschusses erfolgreich war. Und jetzt bedanke ich mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Gladiator bitte.

Abg. Dennis Gladiator: Ich möchte heute nicht den Abschlussberichten und den Beratungen in der Hamburgischen Bürgerschaft vorgreifen, denn mit dem Abschlussbericht werden wir unser Fazit dieser Arbeit im Ausschuss, aber vor allem auch unsere Konsequenzen, unsere Forderungen und Maßnahmen, die für uns wichtig erscheinen, ins Parlament einbringen und auch zur Abstimmung stellen, damit sich solche Gewaltexzesse, wie wir sie erleben mussten, nicht wiederholen, denn es reicht, glaube ich, nicht, über Polizeieinsätze zu sprechen und das aufzuarbeiten und Protokolle zu schreiben, sondern wir müssen im Idealfall gemeinsam überlegen und umsetzen, was an Maßnahmen erforderlich ist, damit eine solche Gewalt Hamburg nicht wieder heimsuchen kann.

Ich möchte heute aber auf zwei Dinge trotzdem kurz eingehen, zum einen auf die Arbeit in diesem Ausschuss, und einen kleinen Ausblick trotzdem wagen. Aus unserer Wahrnehmung ist es in den 15 Sitzungen, wenn wir die heutige mitzählen, eben nicht gelungen, die Ursachen für diese Gewaltexzesse, für diese völlig entmenslichte Gewalt, die wir erleben mussten, ausreichend zu untersuchen und zu ergründen, wie es dazu kommen konnte und vor allem, welche Maßnahmen zu ergreifen sind.

Unser Interesse war und ist es, diese Chaostage lückenlos aufzuklären. Wir haben aber erlebt, dass das dem Senat und auch dem Innensenator vor allem darum ging, in ellenlangen Vorträgen zu oft schon sehr bekannten Themen in diesem Ausschuss auf Zeit zu spielen, sodass es oft der Eindruck, also oft sich der Eindruck aufdrängte, dass es hier mehr um Selbstdarstellung als um Aufklärung ging. In keinem Fall haben wir erlebt, dass das Thema politische Verantwortung beim Senat eine große Rolle spielte. Wir haben eine Polizei erlebt, die sehr selbstkritisch Fehler eingeräumt hat, die auch bei diesem größten Einsatz in der deutschen Geschichte festgestellt hat, dass nicht alles rund gelaufen ist, da selbstkritisch drauf geschaut hat und auch Konsequenzen gezogen hat. Dieses Verhalten, diese Einsichtsfähigkeit haben wir beim Senat allerdings vermisst. Und das zeigt sich auch an den Ausführungen, die wir gerade gehört haben, zum Thema Rote Flora, denn es geht nun einmal nicht darum, dass Straftaten nachzuweisen sind. Das machen die Strafverfolgungsbehörden. Hier geht es um den politischen Umgang mit dem Thema Linksextremismus und hier hat der Senat keinerlei Maßnahmen angekündigt und auch keine in Aussicht gestellt.

Wir mussten feststellen, dass mit dieser Strategie, ein bisschen auf Zeit zu spielen und von der politischen Verantwortung und der Frage, wie politisch mit dem Problem des Linksextremismus umzugehen ist, hier wirklich abgelenkt werden sollte. Und schade war es auch, dass die Fraktionen von SPD und GRÜNEN da den Senat unterstützt haben, obwohl das zulasten der parlamentarischen Aufarbeitung ging.

Das Verhalten des Senats erschließt sich, wenn man sich anguckt, wie das Verhalten vor und während des Gipfels war, und da schließt sich dann der Kreis, denn schon vor dem Gipfel hat der Senat, haben die tragenden Fraktionen die erheblichen Sicherheitswarnungen und die Warnungen der Sicherheitsbehörden politisch ignoriert, heruntergespielt und auch verharmlost. Das ist aus der Hinsicht auch folgerichtig, weil schon seit Jahren der Linksext-

remismus in Hamburg verharmlost wird und als Teil der städtischen Subkultur anerkannt wird. Und das ist auch ein Grund dafür, dass sich die linksextremen Strukturen in Hamburg derart verfestigen konnten. Und wir haben in diesem Ausschuss auch gehört aus den Ermittlungen der Soko Schwarzer Block, dass ohne diese festen linksextremen Strukturen die gewalttätigen Ausschreitungen nicht so hätten stattfinden können, wie die Stadt sie erleiden musste. Das heißt, diese festen linksextremen Strukturen in dieser Stadt haben ganz maßgeblich dazu beigetragen, dass es zu diesem Kontrollverlust des Staates in unserer Stadt gekommen ist. Und dafür, wenn man das bisher hat so geschehen lassen, gibt es dann auch eine politische Verantwortung, über die wir auch in der Bürgerschaft noch genauer sprechen werden.

Wir wissen ... Und wenn gesagt wird, es gibt keine bisherigen, kein strafbares Verhalten, das der Roten Flora, dem Roten Aufbau oder der IL nachzuweisen ist, gibt es aber sehr wohl Erkenntnisse, die dazu führen, dass die politische Verantwortung wahrgenommen werden muss, dass man politisch eine Antwort darauf finden muss, ob man weiter Linksextremisten in der Stadt haben möchte, die die Stadt bedrohen und sie im Zweifel erpressen. Wir wissen von der Roten Flora und den anderen Gruppierungen, dass sie europaweit die Gewalttäter mobilisiert und nach Hamburg eingeladen haben. Wir wissen, dass es Vertreter aller drei Gruppierungen waren, besonders der Roten Flora, die diese gewalttätigen Ausschreitungen begrüßt haben, allerdings nicht in ihrem eigenen Viertel. Das sollte bitte dort passieren, wo andere wohnen. Wir wissen, dass die sogenannte Demonstration Welcome to Hell von Anfang an auf Gewalt ausgelegt war. Wie sonst soll man es sich erklären, dass Herr Beuth in der Roten Flora in einer Versammlung sagte, 30 Reihen Schwarzer Block sind uns nicht genug? Meine Damen und Herren, wer mit Pyrotechnik, mit Eisenstangen und als Schwarzer Block verumumt auf eine Demo geht, der will nicht friedlich für Themen eintreten, der sucht die Gewalt und will diese auch ganz bewusst eskalieren.

Und wir haben – ich sagte es eben schon – sehr deutlich erfahren, besonders im Bereich Elbchaussee, wo wir diese linksterroristische Kommandoaktion erlebt haben, dass eben diese so nicht möglich gewesen wäre ohne die Unterstützung der linksextremen Szene in dieser Stadt. Und diese linksextreme Szene ist über Jahre lang verharmlost worden und konnte dadurch sich verfestigen. Und leider müssen wir feststellen, auch im Umgang nach dem G20-Gipfel, dass das Verhalten des Senats diese Szene weiter stärkt, indem anfangs angekündigt wurde, nichts werde bleiben, wie es bisher war, in der Roten Flora säßen die geistigen Brandstifter, und man nun aus Angst vor weiteren Krawallen sich davor scheut, auch bei der Roten Flora zu Konsequenzen zu kommen, das ist dann die Kapitulation des Rechtsstaats vor Verfassungsfeinden.

Politische Konsequenzen wurden nicht gezogen. Mit dem Linksextremismus ist man weiter nachsichtig und lässt diesen gewähren. Bei der Polizei wurden Konsequenzen gezogen. Ich will es nur kurz erwähnen, dass die Kennzeichnungspflicht als Konsequenz aus dem G20-Gipfel angekündigt wurde und eingeführt werden soll, ist wirklich das völlig falsche Signal und auch ein Schlag ins Gesicht der Polizeibeamten, die während des Gipfels ihr Leben für unsere Sicherheit riskiert haben.

Wenn gesagt wurde, dass kein Polizeieinsatz so ausführlich und so tief aufgearbeitet wurde wie der beim G20-Gipfel, dann ist das richtig, dann war das auch gut, dass wir das gemeinsam getan haben, auch uns die Fehler angeschaut haben, die gemacht worden sind, aber genau das zeigt das Problem der Mehrheit in diesem Ausschuss, man hat sich auf den Polizeieinsatz konzentriert und sich nicht um die Ursachen dieser gewalttätigen Ausschreitungen gekümmert, nämlich den Linksextremismus. Es waren die Polizisten, die unsere Stadt, unsere Gäste geschützt haben, sie waren nicht das Problem, auch wenn es einzelnes Fehlverhal-

ten gegeben hat, das Problem sind die Extremisten, die unsere Stadt, die unsere Freiheit, die unsere Verfassung ablehnen und auch nach Kräften bekämpfen. Und hierum haben sich weite Teile dieses Ausschusses viel zu wenig gekümmert.

Für uns bleibt festzuhalten, dass der Senat und die ihn tragenden Fraktionen die Gefahren schon im Vorfeld des Gipfels verharmlost und verniedlicht haben, und das seit Jahren, und so zur Stärkung der linksextremen Strukturen beigetragen haben. Die Warnungen der Sicherheitsbehörden wurden geradezu ins Lächerliche gezogen. Ich darf an die Bürgerschaftsdebatte im April des letzten Jahres erinnern, als wir aus den öffentlich zugänglichen Sicherheitsberichten zitiert haben, welche Gefahren drohten. Es waren Vertreter von SPD und GRÜNEN, die davon sprachen, wir würden Horrorszenarien an die Wand malen, wir seien keine ernst zu nehmenden Gesprächspartner, wenn wir den Hamburgern einen solchen Schrecken einjagen wollen. Leider sind es genau diese Warnungen der Sicherheitsbehörden gewesen, die eingetreten sind. Leider waren es die gewalttätigen Auseinandersetzungen, die den Hamburgern Angst gemacht haben und nicht die Warnungen davor. Und hier muss sich dieser Senat schon den Vorwurf gefallen lassen, eben diese Gefahren verharmlost zu haben, den Hamburgern trotzdem das Versprechen gegeben zu haben, sie seien in Sicherheit, dann aber, als sie in Gefahr waren, hatte man sie nicht schützen können. Hier ist also massives Vertrauen verloren gegangen, das der Senat auch nicht wiederherstellen konnte.

Dieser staatliche Kontrollverlust hat sich tief in das Bewusstsein der Stadt eingebrannt und die Arbeit dieses Ausschusses, durch die Blockade des Senats, konnte auch nicht dazu beitragen, diese Wunden zu heilen. Das wird dadurch nicht gelungen sein. Ich hoffe, dass die Beratungen in der Bürgerschaft, auch mit den Anträgen, die dort vorgelegt werden, hier vielleicht uns alle ein Stück weiterbringen.

Während also bei der Polizei Konsequenzen gezogen worden sind, und zwar nicht zur Stärkung der Polizei, sondern im Rahmen des Misstrauens gegenüber der Arbeit der vielen Polizeibeamten, ist man beim Linksextremismus weiter nachsichtig. Das wird auch der Punkt sein, den wir in der parlamentarischen Beratung besonders einbringen werden. Wir werden mit unserem Abschlussbericht auch ein Maßnahmenpaket, ergänzt zu dem, was hier schon im Ausschuss vorlag, einbringen. Und das wird auch der Test sein, ob die Regierungsfractionen und der Senat das Problem des Linksextremismus endlich erkennen und dafür sorgen, dass die Hamburgerinnen und Hamburger künftig nicht mehr in Gefahr sind vor Linksextremisten und hier endlich Maßnahmen ergreifen. Diese Frage, dieser Test wird dann im September in der Bürgerschaft erfolgen und dann können sich die Hamburgerinnen und Hamburger auch selbst ein Bild davon machen, ob wirklich Konsequenzen aus diesem G20-Gipfel gezogen worden sind oder ob nur Aktenbände in der Parlamentsdokumentation gefüllt wurden.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, vielen Dank. Da haben wir ja noch viel miteinander zu diskutieren, Herr Gladiator. Das erscheint mir ja allerdings in großen Teilen inhaltlich sozusagen identisch mit dem, was wir schon – haben Sie selbst auch gesagt – vor dem G20-Gipfel diskutiert haben, was wir dann nach dem Gipfel diskutiert haben, was wir dann, bevor der Ausschuss eingesetzt worden ist, schon diskutiert haben und was Sie jetzt sozusagen noch einmal wieder formulieren. So viel von dem, was wir an Erkenntnissen und Erfahrungen und, sage ich einmal, auch Neugewichtungen im Ausschuss uns gemeinsam eigentlich erarbeitet haben, haben Sie jetzt nicht aufgenommen wirklich. Also es ist ..., kommt mir doch schon so vor, also ob Sie dann doch an dem Stand noch sind, wo Sie sozusagen schon vor dem Ausschuss waren, aus Ihrer Sicht, vor der G20-Woche waren.

Ich will einmal an anderer Stelle anfangen mit unserer Einschätzung dessen, was wir parlamentarisch hier versucht haben, und was ich auch glaube, was wir zu Teilen gut hinbekommen haben und wo die weiteren Aufgaben liegen. Wir sind ja nicht die Einzigen, die ..., also nicht ..., das hamburgische Parlament ist sozusagen nicht die einzige Institution, die sich die Aufklärung und die Bewertung und das Nacharbeiten der Ereignisse rund um den G20 zur Aufgabe gemacht haben. Da gibt es wissenschaftliche Institute, die daran sitzen, da gibt es Filmemacher, da gibt es Journalistinnen und einfach nur Betroffene, die sich in einem sehr losen Zusammenhang, aber, wie ich finde, sehr interessanten Zusammenhang, dem Thema immer wieder nähern. Es entsteht ein Film nach dem anderen. Und deshalb bin ich ..., würde ich sozusagen den Wunsch hier äußern wollen als Erstes, dass wir mit unserem Abschlussbericht, einschließlich der Vielzahl von Wortprotokollen, der vielen Seiten Papier, aber die es da dann auch elektronisch gibt, vielleicht uns dann doch wiederfinden können irgendwann in der gemeinsamen Aufarbeitung, auch mit all den Akteuren und Akteurinnen, die ich eben schon genannt habe, damit man vielleicht mittelfristig zumindest ein bisschen klareres Bild hat von dem, was in dieser Stadt in der Woche passiert ist und wie man es hätte verhindern können beziehungsweise wie man zukünftig, also welche Wege man gehen muss, welche Instrumente man braucht, um ähnliche Phänomene zu verhindern.

Es gab ja eine, nach der politischen Entscheidung für den Gipfel hier in Hamburg, einerseits die große Aufgabe der Erstellung eines Sicherheitskonzeptes durch die Polizei. Und so, wie Herr Gladiator gesagt hat, kann es, habe ich jedenfalls aus der Aufarbeitung hier verstanden, ist die Polizei sehr viel pessimistischer gewesen, als wir es in der politischen Diskussion waren. Ich sehe da nicht, dass Sie hier mit Ihrem Vorwurf, es wäre sozusagen nicht berücksichtigt worden, das Szenario, was Sie entwickelt haben, sondern im Gegenteil, die Polizei hat sich ja mit der Gesamtgröße des Einsatzes dann sehr wohl genau auf das vorbereitet, was so, wie Sie jetzt immer, sagen Sie ja, sozusagen vorhergesehen haben.

Wir haben dann aber im Verlaufe der Sachstandsbeschreibungen, die wir hier ja von der Polizei, von den Sicherheitsbehörden insgesamt bekommen haben, die wir in den Akten finden konnten, natürlich auch festgestellt, dass sozusagen die Bewertung der Sachstandsbeschreibung, die Bewertung der Fakten, die uns dargestellt worden sind, nicht immer die einfachste Aufgabe war. Ich fand es äußerst schwierig, dass es uns nicht möglich war, uns Videos anzugucken, weder die, die schon vorlagen, noch neue hinzunehmen zu können. Das hat uns sozusagen ein Element der Aufklärungsmöglichkeiten gegeben. Ich fand es aber deshalb äußerst hilfreich, zumindest die Möglichkeit zu haben, Expertinnen und Experten, anzuhörende Personen hinzuzuladen, was wir in einem PUA nicht hätten machen können. Und ich fand im Nachhinein vor allem ein ganz wichtiges Element unserer Arbeit die öffentliche Anhörung in der Kulturkirche und das, was wir dort berichtet bekommen haben, und sozusagen unsere eigene Nachbereitung hier im Ausschuss. Daraus kann man, meine ich, sehr deutlich das Fazit ziehen, dass die Belange derjenigen, die ihren Alltag ganz normal weiterführen wollten rund um die Gipfeltage, schlicht und einfach viel zu wenig berücksichtigt worden sind. Das ist etwas, was so, wie ich es verstanden habe, auch durchaus gesehen wird aufseiten der Sicherheitsbehörden, wie man hier die ..., wie man sozusagen das zukünftig verbessern kann, schlicht und einfach nicht mit der Ansage, wir versuchen, dass der Gipfel quasi unbemerkt von großen Teilen der Bevölkerung durchgeführt wird, in so eine, in eine, hoffentlich nicht diese Großveranstaltung, eine andere Großveranstaltung hineingeht, sondern zum Beispiel dort sehr klar sagt, wir sind sehr transparent in dem, was wir an Maßnahmen brauchen, um Sicherheit zu gewähren, und wir reden über die Auswirkungen, die das haben wird, finde ich ein wichtiges Element.

Und das zweite wichtige Element ist aus meiner Sicht aber auch die Erkenntnis, dass die Gewaltphänomene, mit denen wir uns, wie ich finde, sehr ausführlich auseinandergesetzt

haben, aber das reicht nicht, um sie endgültig natürlich zu bewerten und um zu einfachen Antworten zu kommen, weil ich auch der Meinung bin, es gibt dort keine einfachen Antworten. Es gibt nämlich, das haben wir ja auch lernen können, wenn wir es nicht schon vorher so eingeschätzt hatten, es gibt nicht den Linksextremismus, sondern die Gewalttaten, die erlebt worden sind, sind ganz unterschiedlich hergeleitet worden hier, das ist uns hier dargestellt worden durch Polizei und Verfassungsschutz, aber auch durch Experten und Expertinnen, die sie ... Ich finde, das Phänomen, dass Menschen, die sich einfach mitreißen lassen ohne jeden politischen Anspruch und ohne jedes politische Interesse überhaupt, einfach, weil eine Situation so etwas hergibt, fast noch gefährlicher, als sich mit politischen Überzeugungen auseinandersetzen zu müssen. Also das ist ein Punkt, an dem man sicherlich weiter parlamentarisch sich Gedanken machen muss. Aber das ist sozusagen eine Entwicklung in unserer Gesellschaft, die nicht nur uns als Parlament beschäftigen muss, sondern die auch andere Bereiche der Gesellschaft weiter sich überlegen muss und die sozusagen eine Relevanz haben.

Sozusagen die Auseinandersetzung mit den Details der polizeilichen Strategie, mit den Details des polizeilichen Einsatzes haben wir für zwingend notwendig gehalten, weil wir ja auch nach Erklärungen für bestimmte Entwicklungen, für bestimmte Vorkommnisse gesucht haben, zum Beispiel bei der Demonstration Welcome to Hell, zum Beispiel bei den Auseinandersetzungen in der Schanze oder auch, das hat Frau Friederichs angesprochen, bei dem Umgang mit ..., dem unterschiedlichen Umgang mit den fünf Fingern, die im Umfeld des Camps entstanden sind. Das war wichtig und notwendig und das musste deshalb naturgemäß auch sehr viel Zeit in Anspruch nehmen, um sozusagen zu verstehen, warum die polizeiliche Strategie, der Ansatz, den die Polizei gewählt hat, an manchen Situationen nicht aufgegangen ist, brauchten wir die Auseinandersetzung damit in aller Detailtiefe. Und selbstverständlich, ist unsere Einschätzung zumindest, muss man, wenn man einem Gewaltphänomen gegenübersteht, natürlich sich nicht nur Gedanken darüber machen, wie kann man Einfluss nehmen sozusagen auf Menschen, die Gewalttaten ausüben, um das jetzt einmal so in einem Satz zu sagen, sondern eben auch, wie müssen sich Sicherheitskräfte verhältnismäßig, zum Beispiel vor allem im Hinblick auf die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger, die hier zwar betroffen sind, aber nicht beteiligt sind, und in der Abwehr gegenüber diesen Gewaltphänomenen aufstellen, was ist da verhältnismäßig, was ist verfassungsgemäß und was ist sozusagen daran, an diesem Beispiel, was wir hatten, was ist da aufgegangen an Strategie und wo ist es nicht gelungen.

Aus unserer Sicht war das notwendig, sich damit ausführlich zu beschäftigen und auch aus unserer Sicht endet dieser Ausschuss nicht in einer Vorwurfslage gegenüber der Polizei, sondern endet in der Erkenntnis, dass der Umfang, die Größe dieses zu sichernden Ereignisses an dem Ort mitten in der Stadt eine Aufgabe war, die so, wie sie dann angegangen worden ist, nicht zu meistern gewesen ist. Nicht grundsätzlich nicht zu meistern gewesen ist, sondern in Teilen nicht so gemeistert werden konnte, wie das angeplan..., angezielt war, wie es sozusagen angedacht war und wie es vorgesehen war. Das ist, um es noch einmal deutlich zu sagen, etwas, was man üblicherweise immer macht, wenn man im Nachhinein feststellt, dass ein großes Projekt, was man angegangen ist, nicht so funktioniert hat, wie man es sich vorgestellt hat.

Und ich finde es auch politisch schlicht und einfach zu banal, wenn dann von Teilen der Opposition eine derart sachgerecht kritische, aber vor allem konstruktive Auseinandersetzung mit dem Einsatzgeschehen, mit der Einsatztaktik schlicht und einfach als Kritik an der Polizei fast schon diffamiert wird. Das ist nicht die Intention dieser Ausschussarbeit gewesen und dann sollten Sie, wenn Sie jetzt den Kopf schütteln, es auch nicht immer wiederholen.

Abschließend glaube ich auch, wir werden in dem Abschlussbericht uns auf konkrete Punkte hinbewegen, die uns in der parlamentarischen Arbeit dann Möglichkeiten geben, bestimmte Impulse aus der Politik in Richtung der zuständigen Behörde zu geben, und vor allem natürlich mit dem Ziel, dass bei künftigen Großlagen mit großen Einsätzen, mit zu erwartenden gewalttätigen Auseinandersetzungen, es der Polizei eine Unterstützung, für die Sicherheitsbehörden, ist, was wir hier uns so mühsam erarbeitet haben.

Und ich glaube, dass wir mit dem Abschlussbericht, auch das hat Martina Friederichs eben schon gesagt, noch lange nicht am Ende sind und komme noch einmal zu dem, was ich am Anfang gesagt habe, ich würde mir auch wünschen, dass sich zumindest mit der Zeit so ein bisschen dieses Nicht-miteinander-reden-können zwischen denjenigen, die an anderer Stelle eine Aufarbeitung des G20-Geschehens machen, und uns hier, dass sich das so ein bisschen auflöst und wir vielleicht doch die Erkenntnisse dann auch irgendwann einmal gemeinsam diskutieren können.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Vielen Dank. Das ist jetzt ein paar Wochen her, dass der Gipfel sich gejäht hat, und ich weiß nicht, inwieweit Sie das alle gespürt haben. Ich habe an vielen Veranstaltungen teilgenommen anlässlich des ersten Jahrestages oder auch an Gesprächen, Zeitungsinterviews und so weiter. Und meine Erfahrung war, der Gipfel ist nach wie vor sehr, sehr präsent in der Erinnerung, ich glaube, der ganzen Stadtbevölkerung. Was aber auch klar ist ... Ja, nein, das ist klar, weil die Erfahrungen, die Erlebnisse sehr, sehr prägend waren. Das sind auch sehr unterschiedliche Erfahrungen. Es gibt Anwohnerinnen und Anwohner an der Elbchaussee und auf andere Weise in der Schanze, die die Erfahrung gemacht haben, die Angst haben, die Angst, die auch bleibt, dass man in der Not sozusagen dann auch auf einmal allein steht, also wenn man sich bedroht sieht oder bedroht wird, dass man dann auch allein steht.

Es gibt die Erfahrung von vielen, vielen Menschen, die an den Protesten teilgenommen haben, die, ich sage einmal, Objekt polizeilicher Zwangsmaßnahmen ohne erkennbaren Anlass, ohne erkennbaren Grund unverhältnismäßig erfahren haben, ich sage jetzt einfach einmal, erfahren haben. Und es gibt natürlich auch die Erfahrung der Polizei, die, glaube ich, auch für die Polizei sehr prägend ist, das war ein riesiger Einsatz. Wie gesagt, ich habe Polizeibeamte erlebt, die mir gesagt haben, in den letzten drei Nächten haben wir anderthalb Stunden geschlafen, und zwar auf den Dächern von unserem Auto, die in einer großen Hitze mit schwerem Gepäck, 20 oder 22 Kilo, teilweise dann auch dehydriert sind und so weiter, und die natürlich einen sehr schweren Job gemacht haben und in große Einsätze reingeschickt worden sind und auch natürlich in gewalttätige Auseinandersetzungen geraten sind.

Die Stadtbevölkerung insgesamt hat die Erfahrung gemacht, dass der Gipfel sehr, sehr viele Belastungen bringt. Ich glaube, dass das von denen, die verantwortlich sind, völlig unterschätzt worden ist. Und das ist ein Grund, warum diese Erfahrungen noch sehr präsent sind. Und die Frage ist, die wir uns stellen müssen, haben wir dem eigentlich Rechnung getragen, haben wir das, was an Sichtweisen, an Kritik, an widersprüchlichen Erfahrungen, Erkenntnissen, haben wir das eigentlich aufgearbeitet. Wie gesagt, die Erfahrungen sind sehr unterschiedlich, das ist schon in der kurzen Skizzierung deutlich geworden, und entsprechend sind auch die Sichtweisen auf den G20-Gipfel sehr unterschiedlich. Und das hat sich hier in dem Ausschuss ja auch niedergeschlagen.

Wir haben unsere Aufgabe darin gesehen, dass wir als Fraktion, als Partei der Opposition, Teil der Legislative, die sich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Proteste verbunden fühlen in dem Anliegen, dass wir unsere Aufgabe darin sehen, die Kontrolle über die Exekutive auch wahrzunehmen.

Wenn Sie sich erinnern, hat DIE LINKE in der Sitzung im April 2017 sehr deutlich ihre Position gesagt, und zwar haben wir gesagt, wir sind für strikte Gewaltfreiheit auf der einen Seite und wir sind für strikte Rechtsstaatlichkeit auf der anderen Seite. Und wir haben erlebt, dass es weder die strikte Gewaltfreiheit gab, im Gegenteil, kann man sagen, es gab auch teilweise eine Entgrenzung von Gewalt, es gab sehr viele Demonstrationen, die völlig gewaltfrei verlaufen sind, aber das Gleiche gilt nach unserer Auffassung oder ..., nach unserer Auffassung gilt eben auch die strikte Rechtsstaatlichkeit ist nicht gewahrt worden. Das ..., für uns ein wichtiger Punkt der Kritik ist, nach wie vor, ich glaube, da sind wir nicht so richtig weitergekommen, dass das Einsatzkonzept der Polizei nicht versammlungsfreundlich war, dass die – wie heißt das? – Deeskalation durch Stärke eben davon geprägt war, dass die Polizei glaubte, die Kontrolle über die ganze Stadt halten zu müssen, durchsetzen zu müssen. Das hat zu unverhältnismäßigen Polizeieinsätzen geführt – haben wir über verschiedene ja auch gesprochen –, das hat zu Erscheinungen geführt auch unverhältnismäßiger Gewalt, rechtswidriger Polizeigewalt. Will ich jetzt im Einzelnen nicht alles ausführen.

Für uns ist wichtig als Schlussfolgerung, dass es zu einer Weiterentwicklung der Protestkultur in Hamburg kommen muss. Und ich glaube, dass man sagen kann, da sind echt alle Seiten beteiligt, da müssen alle Seiten ihre Verantwortung wahrnehmen, da müssen die Polizei, die Behörde, auch das Landesamt für Verfassungsschutz, also die Innenbehörde insgesamt, ihre Verantwortung teilnehmen, und natürlich muss es auch, sage ich einmal, auf der Seite der LINKEN eine Debatte geben. Die gibt es schon, die gibt es schon und ich denke, sie muss auch geführt werden.

Was ich sehr problematisch finde, gerade weil die Erfahrungen so prägend sind, dass sie bis heute sozusagen wirken und auch wirklich Leute noch traumatisiert sind, das haben wir ja in der Anhörung in der Kirche erlebt, das, was ich wirklich problematisch finde, dass niemand, niemand die politische Verantwortung übernommen hat. Ich teile, was die Kollegin Möller sagt, die Polizei hat einen Auftrag gekriegt, den sie meiner Meinung nach sozusagen so überhaupt nicht bewältigen konnte. Und ich glaube, dass das einer der Gründe dafür ist, dass es zu dieser nicht versammlungsfreundlichen, ich sage einmal, versammlungsfeindlichen Einsatzstrategie gekommen ist, dass es diese Erscheinungen, die ich schon skizziert habe, gegeben hat. Aber auch die anderen Erfahrungen will ich ansprechen und ich halte das für ein großes Problem, wenn man hinterher sagt, ja, so war das jetzt. Aber ich meine, es gibt politisch Verantwortliche bei denen, die den Gipfel leichtfertig, wie gesagt, wie ich meine, nach Hamburg geholt haben. Das halte ich für ein Problem. Ich bin jetzt kein Freund davon, dass man sagt, Rücktritt, Rücktritt oder so was, das habe ich, glaube ich, einmal gesagt, aber ich bin der Meinung, es hätte der Bürgermeister und es hätte vielleicht auch die Innenbehörde, der Innensenator, die Verantwortung dafür, dass auch richtig was schiefgelaufen ist, die politische Verantwortung ..., sich dazu bekennen müssen, sagen wir einmal so. Es geht mir, wie gesagt, nicht um Rücktritt.

Was hat ...? Ich finde, der Ausschuss hat wenig zur Aufklärung geleistet. Und das sage ich ganz ehrlich, weil, ich weiß nicht, ob ein PUA mehr geleistet hätte. Ich kann jetzt nicht sagen, ein PUA hätte das Problem gelöst, wäre alles anders gewesen, hätten wir viel mehr erfahren. Vielleicht das eine oder andere, aber ein PUA hätte auch andere Probleme gehabt, deswegen will ich gar nicht über die Form des Ausschusses ..., sondern mir ist aufgefallen, dass es ein sehr, sehr schwieriges Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive gibt. Ich sage einmal was politisch, ich komme aus einer Entwicklung, wo ich mit der Gewaltenteilung Schwierigkeiten habe, und ich stehe ..., seit vielen, vielen Jahren ist es für mich ein wichtiges Anliegen, die Verteidigung der Gewaltenfreiheit. Aber wir haben in diesem Ausschuss das mit der Gewaltenteilung irgendwie nicht so richtig hingekriegt, finde ich. Ich finde, das ist ein Ausschuss der Bürgerschaft gewesen, das ist ein Ausschuss der Legislative gewesen, die Legis-

lative kontrolliert die Exekutive. Ich hatte aber den Eindruck, das habe ich auch in der Pressemitteilung geschrieben, die Innenbehörde dominiert den Ausschuss. Sie haben die Hoheit über die Informationen zum Beispiel. Warum haben wir ... ich nenne wirklich das eine Beispiel, weil ich das fast am prägnantesten finde, ich rede jetzt nicht über die ganzen Entnahmen, die es da noch gibt, und warum die Akten nicht eingestuft sind, dass man gar nicht gucken konnte, was einem da jetzt sozusagen genau nicht gegeben wird. Ich nenne das eine Beispiel, eine ganz zentrale Frage für das, was in der Schanze gewesen ist, und auch für die unterschiedlichen Sichtweisen, ist die Behauptung, es habe eine Falle gegeben, weil oben die Gewalttäter im ganzen Schulterblatt oben auf den Dächern gehockt hätten und gewartet hätten, dass die Polizei kommt, damit sie die Molotowcocktails und die Gehwegplatten werfen können. Die sind ja nun nicht sichergestellt worden, das nährt natürlich die Zweifel an der gesamten Darstellung der Polizei. Da muss sie sich drüber im Klaren sein, dass das die Zweifel nährt. Und dann wird noch gesagt, es gibt ja Fotos, die das zeigen. Aber wir haben die Fotos nicht gesehen. Warum haben wir die Fotos nicht gesehen? Das hätte dann eindeutig geklärt werden können. Es hätte bewiesen werden können, es gibt sie, oder es hätte widerlegt werden können, dass es sie gibt. Das wäre aber für den – wie soll ich einmal sagen? –, für den Frieden in der Stadt, nämlich, was ist da jetzt eigentlich genau gewesen, wieso hat sich das so entwickelt und nicht anders – also ich rede jetzt nicht von den Gewalttaten, sondern ich rede von dem Gesamteinsatz –, das ist für den Frieden in der Schanze und das ist für den Frieden in der Stadt, finde ich, eine wichtige Frage. Und die haben wir nicht beantworten können. Also werden wir damit leben, dass es unterschiedliche Erzählungen zu dem, was in der Schanze gewesen ist oder nicht gewesen ist, weiter geben wird.

Ich finde auch, einmal ganz im Ernst, weil die SPD sagt, wie super das alles war, also tut mir leid, fand ich jetzt wirklich einen beschönigenden Bericht, ich finde die Rolle der SPD ... Die SPD ist hier Teil der Legislative, aber sie hat sich eigentlich so verhalten, als müsste sie ununterbrochen dafür sorgen, dass jetzt sozusagen nicht so viel Schmutz auf die Innenbehörde geworfen wird. Ja, das ist aber nicht Ihre Aufgabe. Sie können das selbstverständlich auch machen, aber wo sind denn die kritischen Fragen geblieben? Und Sie sind die größte Fraktion und das schwächt diesen Ausschuss. Der Ausschuss hat wenig Gewicht. Und für mich eigentlich am eindrucklichsten war, wie es eine Expertenanhörung gibt und dann der Usus ist, dass als Erstes die Experten angehört werden und hinterher der Senat, dann ausgewertet wird. Das ist einfach zusammengelegt worden mit dem Ergebnis, das war irgendwie alles eins und die Behörde hat es schon wieder dominiert. Und das ist für uns ein echtes Problem gewesen. Also ich sage das jetzt, weil ich meine, das muss in Zukunft in Ausschüssen, ich hoffe, wir haben nicht noch einmal so einen Sonderausschuss hier, das muss in zukünftigen Ausschüssen unbedingt berücksichtigt werden. Das geht so nicht, finde ich. Das ist demokratietheoretisch ein echtes – ich finde – Fiasko.

Ich glaube, wir werden noch relativ viel im Innenausschuss beschäftigt sein mit dem G20. Es wird ja diese Projektgruppe, die diese Studien macht, wird ihre Studien vorstellen. Ich glaube im Oktober. Ich glaube, dass es sinnvoll wäre, wenn wir uns damit befassen. Ich bin hundertprozentig entgegengesetzter Meinung wie die CDU, das ist ja, so gesehen, klar, aber ich glaube, dass wir uns mit dieser Frage, wie entwickelt sich eigentlich Gewalt, was ist da jetzt der Anteil sozusagen an dem Gesamtszenario, meinerwegen auch der Polizei, damit müssen wir uns befassen. Ich gehe einmal davon aus, dass das auch Teil der Untersuchungen ist. Es wird eine Menge andere Sachen geben, welche Schlussfolgerungen wir ziehen, wie zum Beispiel, was können wir beitragen, um eine demokratische Protestkultur in jeder Beziehung zu entwickeln. Die wird sich weiter stellen. Und ja, das war jetzt das, was ich zu sagen hatte.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Jarchow, bitte.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ja, vielen Dank. Also die 15 Sitzungen G20, wir kommen wahrscheinlich auf circa 100 Stunden, die wir hier verbracht haben, es wäre gelogen, wenn ich sagen würde, sie sind wie im Fluge vergangen. Ich hatte das Gefühl, dass man in manchen Fällen das auch hätte etwas kürzer behandeln können mit ähnlich gehaltvollen Ergebnissen. Aber sicherlich sind uns innerhalb dieser Zeit die Grenzen eines Sonderausschusses deutlich geworden, der einfach nicht die Befugnisse hat, die ein PUA hat. Aber das ist im Nachhinein nicht besonders wichtig, da wir alle wissen, dass es keine Mehrheit für einen PUA gab, insofern war dieser Sonderausschuss aus meiner Sicht richtig und wichtig, wenn auch nicht immer befriedigend im Ergebnis.

Ich möchte im Gegensatz zu meinen Vorrednern hier nicht meine Debattenbeiträge schon vorwegnehmen und mich etwas kürzer fassen. Lassen Sie mich sagen, für uns als FDP, als eine Partei, die im Vorwege zu dem G20-Gipfel sich dafür ausgesprochen hat, dass er hier stattfindet, war es natürlich besonders wichtig und eine Hauptaufgabe dieses Ausschusses herauszufinden, haben wir uns geirrt, was durchaus vorkommt, oder was ist eigentlich falsch gelaufen und hätte besser laufen können. Das waren die Fragen und das waren aus meiner Sicht eher die Fragen, als an die Wurzeln des politischen Extremismus hier ranzugehen. Das sind Fragen, genau wie die Flora oder alles andere, die werden uns auch außerhalb von G20, auch außerhalb dieses Ausschusses weiter beschäftigen.

Was ist falsch gelaufen bei den Sicherheitsbehörden? Darum ging es. Was ist beim Sicherheitskonzept falsch gelaufen? Womit die Sicherheitsgarantie dann auch hinfällig war. Waren die Bürgerrechte ausreichend gewährt? Stichwort GeSa in Harburg. Diese Fragen waren wichtig zu klären aus meiner Sicht, weil wir ja, glaube ich, alle festgestellt haben und nicht nur in der Kirche, wo das deutlich wurde, sondern dass ganz allgemein in Hamburg das Vertrauen der Bürger in das Gewaltmonopol des Staates erschüttert worden ist in diesen drei Tagen G20. Auch die politische Verantwortung mag wichtig sein. Das muss dann der jeweilige Politiker auch entscheiden. Für mich ist eigentlich noch wichtiger, dass man zu Lösungen kommt, dass man vernünftig analysiert und dass man den Leuten anschließend, und das ist, glaube ich, uns bisher nicht gelungen, war vielleicht auch nicht möglich, dass man anschließend den Leuten das Gefühl gibt, die haben das verstanden und die wissen, was zu ändern ist, und das wird so in dieser Art und Weise nicht wieder vorkommen. Nun wissen wir alle, dass G20 nicht wieder vorkommen wird in Hamburg, solange wir aktiv sind, Gott sei Dank, aber es wird natürlich andere Großlagen geben, es wird andere Ereignisse geben, wo es um Polizeieinsätze geht, wo es um Demonstrationsrecht geht und und und, und ich glaube, da wird es sich dann zeigen, ob wir die richtigen Schlüsse gezogen haben aus dem, was da schiefgelaufen ist, und dass was schiefgelaufen ist, darüber sind wir uns, glaube ich, in diesem Ausschuss alle einig. Das wird uns weiter beschäftigen und es werden irgendwann auch alle Verwaltungsgerichtsurteile vorliegen und dann wird uns das auch beschäftigen, dann wissen wir auch wieder mehr. Insofern ist das ja nur ein Zwischenschritt, dieses vorläufige Ende dieses Ausschusses.

Ich freue mich auf die weiteren Diskussionen, auch in der Bürgerschaft. Ich würde aber gern an dieser Stelle mich auch bedanken für die Zuarbeit, insbesondere unserer Mitarbeiter, aber auch der Mitarbeiter der Innenbehörde und der Polizei. Ich glaube, da ist viel Arbeit geleistet worden, mal mehr sinnvoll, mal weniger sinnvoll, und bedanke mich aber auch an dieser Stelle bei dem Leiter dieses Ausschusses für seine aus meiner Sicht stets faire Leitung dieses Ausschusses. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Ja, über die mageren Ergebnisse dieses Ausschusses kann man nur enttäuscht sein. In diesem einen Jahr ist es nicht einmal ansatzweise gelungen, die tiefe-

ren Ursachen für diesen enormen staatlichen Kontrollverlust aufzuarbeiten. Es war ja ein enormer Kontrollverlust. Viel Schlimmeres hätte man sich ja kaum vorstellen können, es sei denn, dass noch Häuserblocks in Brand aufgegangen wären und nicht nur Autos.

Der Senat hat hier stundenlange Ausführungen getätigt, die teilweise äußerst ermüdend waren, die teilweise auch nicht zielführend waren, wo man sagen muss, es sind kaum verwertbare Erkenntnisse gekommen. Häufig fiel der Satz, eigentlich haben wir alles vorausgesehen, nur nicht in dieser fürchterlichen Intensität. Und genau das lässt für die Zukunft wirklich nichts Gutes befürchten, denn was sieht man schon in welcher Intensität voraus. Viele andere haben gewarnt davor, was alles passieren könnte, der Senat hat abgewiegelt.

Nicht umsonst hatten wir hier einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gefordert, ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist ein schärferes Schwert als ein Sonderausschuss, mit der Möglichkeit, strafprozessual vorzugehen, förmliche Beweisanträge zu stellen, Zeugen zu vernehmen. Da kann man sich dann auch dagegen verwehren, wenn ein Zeuge über zwei Stunden langwierige Ausführungen macht. Dass also die CDU nun beklagt, dass es hier keine Ergebnisse gegeben hat, das sind Krokodilstränen, denn Sie haben sich ja auch gegen einen PUA ausgesprochen.

Es ist mehr als irritierend, dass nach über einem Jahr versuchter Aufarbeitung es immer noch nicht gelungen ist, politische Verantwortlichkeiten festzumachen. Politische Verantwortung ist etwas völlig anderes als juristische Verantwortung. In dieser Hinsicht, juristische Verantwortung wird man wahrscheinlich niemanden belangen können, aber für die politische Hygiene eines Gemeinwesens einer Stadt Hamburg wäre es sicher zu erwarten gewesen, dass irgendjemand die politische Verantwortung übernimmt, denn nur so hätte auch das Vertrauen der Bürger in dieses Gemeinwesen und in seine Institutionen wieder hergestellt werden können.

Fest steht für mich nach den vielen Ausschusssitzungen, das Umfeld der Roten Flora war beteiligt, maßgeblich beteiligt an den Krawallen und an den Brandschätzungen, auch wenn der Senat immer wieder versucht hat, eine steuernde Rolle der Roten Flora und des Umfeldes zu verharmlosen. Die Logistik für die ausländischen Gewalttäter ist durch die Rote Flora bereitgestellt worden. Wir haben hier im Ausschuss mehrfach gehört, ohne die Aktivitäten der Roten Flora hätte es zu diesen Ereignissen kaum kommen können.

Die Inaktivität und Verharmlosung gegenüber linken Gewaltkriminellen auch in den vergangenen Jahren haben den Boden dafür bereitet für das, was hier vor einem Jahr passiert ist. Das zögerliche Verhalten vieler Senate, übrigens auch vieler CDU-Senate in der Vergangenheit, gegenüber den Gewaltexzessen von Rotfloristen hat diese im vergangenen Jahr eindeutig ermutigt. Die Stadt wird erpresst von dem Umfeld der Roten Flora und der Senat betreibt Appeasement-Politik.

Der Bürgermeister, der ehemalige Bürgermeister Scholz hat unmittelbar nach dem damaligen Ereignis gesagt, nichts darf so bleiben, wie es einmal war. Damit hat er das Umfeld der Roten Flora gemeint. Ich kann nur sagen, was man unmittelbar nach so einem Ereignis sagt, ist vielleicht eher richtig als das, was man nach dem Zerreden in diesem Ausschuss alles nur feststellen kann.

Wir fordern als Konsequenz die Räumung der Roten Flora. Wir fordern auch, dass die finanziellen Zuwendungen, die immer noch für Linksextremisten geleistet werden, unverzüglich gestoppt werden. Wir brauchen in dieser Stadt endlich einen Grundkonsens, dass der Schwarze Block und dass extremistische Militanz nicht länger ein selbstverständlicher Bestandteil von sogenannten Demonstrationen sein dürfen. Extremistische Militanz ist nicht bunt, sondern extremistische Militanz ist kriminell und darf niemals wohlwollend oder klamm-

heimlich geduldet werden. Ausschließlich gewaltorientierte Chaostage ohne jeden politischen Hintergrund, wie zum Beispiel bei der Welcome-to-Hell-Kundgebung, fallen nicht unter Demonstrationsfreiheit. Hier wird sich auch das Bundesverfassungsgericht noch einmal bewegen müssen. Es ist kein legitimes Demonstrationsziel, den größten Schwarzen Block aller Zeiten auf die Straße zu bringen. Vielleicht wird man ja auch das Versammlungsgesetz verschärfen müssen. Es ist unverständlich, dass sich scheinbar unbeteiligte Personen bei einem Polizeieinsatz gegen Gewaltkriminelle nicht unverzüglich entfernen. Hier wird man sehen müssen, was kann man noch bewegen im Bereich des Versammlungsgesetzes. Auch so ein Verhalten könnte man unter Strafe stellen.

Was ganz wichtig ist, die Polizei benötigt in allen Situationen die unbedingte Gewissheit, dass ihre Aktionen durch die Politik gedeckt werden. Die Polizei ist so aufzustellen und so auszurüsten, dass sie jederzeit in allen Situationen unbedingt das Gewaltmonopol durchsetzen kann. Der Einsatz der SEK Cobra im Schanzenviertel hat gezeigt, wenn der Staat nicht lange fackelt, sondern mit Härte und Konsequenz gegen linksextremistische Gewalttäter vorgeht, strecken diese die Waffen. Ich spreche von Härte und von Konsequenz, ich spreche nicht von Brutalität oder von Gesetzeslosigkeit.

Kennzeichnungspflicht, die der Senat nach den G20-Krawallen und nach dem Einsatz der Polizei eingeführt hat, sehen wir auch als ein Schlag ins Gesicht der Polizei an.

Was haben wir noch an Erkenntnissen? Die Polizei benötigt unbedingt weiterhin mehr verdeckte Ermittler, die auch Zusammenhänge von Linksextremismus im Ausland aufklären können. Es darf ferner nie wieder passieren, dass Krawalltäter per Sonderzug zu Demonstrationsgeschehnissen gebracht werden. Da müssen wir einen Riegel davor schieben. Es ist allen Extremisten klarzumachen, dass sie auf jeden Fall die Härte des Gesetzes zu spüren bekommen. Der Linksextremismus muss endlich, genau wie der Rechtsextremismus, als erhebliche Gefahr für unser demokratisches Gemeinwesen und für den Staat insgesamt gebrandmarkt werden.

Ich habe hier noch die Worte des Polizeiseelsorgers im Gehör, der gesagt hat, bei einem Blick in die Augen eines Gewaltextremisten hätte er Hass gesehen, und zwar so viel Hass, wie er es vorher noch nie gesehen hat. Irgendetwas stimmt in dieser Gesellschaft nicht mehr. Diesem Hass müssen wir entgegentreten.

(Zurufe Abg. Christiane Schneider)

Und wir müssen ...

– Ich weiß nicht, was diese Unruhe soll.

Diesem Hass müssen wir entgegentreten. Die Polizei darf nicht länger für Linksextremisten wie auch für Rechtsextremisten ein Hassobjekt sein, sondern wir müssen bereits in den Schulen anfangen, das Bild zu vermitteln, dass die Polizei Freund und Helfer ist.

Und ich möchte zum Abschluss dem einzelnen beteiligten Polizeibeamten für seinen Einsatz beim G20 danken. Was wir hier gehört haben über die Einsatzbedingungen, das war wirklich schockierend. Alles Weitere werde ich dann in der Debatte sagen. – Danke.

Vorsitzender: Ja. Vielen Dank. Der Senat ist vielfach angesprochen worden. Deswegen möchte ich dem Senator die Gelegenheit geben zu antworten. Der Senator kriegt das Wort.

Senator Andy Grote: Ja, Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Abgeordneten! Das waren schwere Tage im Juli letzten Jahres, eine Zäsur für die Stadt, mit schmerzhaften Erfahrungen verbunden für viele, die daran beteiligt waren, für viele auch ganz persönlich und für uns als Stadt insgesamt. Deswegen war und ist auch weiterhin eine gründliche Aufarbeitung

notwendig und die ist natürlich auch nicht abgeschlossen mit dem Ende der Beratungen hier im Sonderausschuss. Es gibt eine ganze Reihe wissenschaftlicher Projekte und Arbeiten, deren Ergebnisse noch ausstehen. In den Gremien der Innenministerkonferenz und in den Arbeitsstrukturen wird über den Umgang mit ähnlichen Ereignissen in Zukunft intensiv beraten. Die Strafverfolgungen, die Arbeit der Soko ist noch nicht abgeschlossen, weitere Gerichtsverfahren, und auch in der Arbeit der Innenbehörde und der Polizei wird selbstverständlich immer wieder auch, werden die Ereignisse G20 und das, was daraus abzuleiten ist, eine Rolle spielen.

Der Ausschuss hat uns allerdings schon aus meiner Sicht ein erhebliches Stück vorgebracht. Ich glaube, dass dabei von Anfang an klar war, dass nicht alle Erwartungen erfüllt werden würden, etwa die Erwartungen nach eben ganz spektakulären neuen Erkenntnissen oder auch die Erwartungen nach ganz einfachen Antworten, denn die Ereignisse waren eben sehr komplex, sehr umfangreich, sehr vielschichtig und eben nicht einfach zu bewerten und sind von sehr vielen Beteiligten auch sehr unterschiedlich erlebt worden. Das erfordert eine sehr mühsame, sorgfältige, kleinteilige, sehr verantwortliche, nachdenkliche Arbeit. Ich denke allerdings, dass die auch an vielen Stellen auch hier im Ausschuss geleistet wurde.

Im Ergebnis haben wir ein deutlich klareres Bild von dem, was dann im Detail an diesen Tagen passiert ist und auch warum es passiert ist. Aus Sicht der Sicherheitsbehörden hatten wir drei wesentliche Ansprüche vor dem Gipfel. Das eine war der reibungslose Ablauf des Gipfelprogramms, das Zweite war, dass eben auch dieses in einer in dieser Dimension bisher ungekannt, umfangreiche zivilgesellschaftliche Programm und das Protestprogramm hier stattfinden kann, und das Dritte eben, dass auch der Schutz der Bevölkerung und die Reduzierung der Belastung von Bevölkerung auf ein vertretbares Maß gewährleistet werden.

Punkte 1 und 2 sind gelungen oder ganz wesentlich gelungen. Das dritte Ziel aber, was eigentlich das wichtigste ist, ist uns an mehreren Stellen nicht gelungen. Und das sind die Dinge, mit denen wir selbstverständlich sehr selbstkritisch umgehen müssen, wo wir auch sagen müssen, dass es auch Fehleinschätzungen oder falsche Einschätzungen gegeben hat, wobei mir schon wichtig ist, darauf hinzuweisen, Herr Gladiator, dass sich die Einschätzungen des Senats, jedenfalls der Innenbehörde, und die der Polizei und der Sicherheitsbehörden hier nicht unterschieden haben. Und wenn Sie dann hinweisen auf Beratungen in der Bürgerschaft, dann möchte ich schon sagen, dass Sie da den Kollegen Lenders zitieren und der wiederum zitiert aus den Aufrufen der Linksextremisten, was die Gewaltszenarienankündigungen betraf. Es sind keine Einschätzungen von Sicherheitsbehörden ignoriert worden oder Warnungen in den Wind geschlagen worden, sondern es gab eine klare Einschätzung, die die Gefahren und die Risiken natürlich auch deutlich beschrieben hat, so, die aber eben nicht alles beinhaltete, was wir dann hier erlebt haben. Insofern besteht jetzt in der Nachfolge, wenn wir den Anspruch haben, verhindern zu wollen, dass so etwas noch einmal passiert, selbstverständlich Handlungsbedarf. Die Konsequenzen können noch nicht abschließend beschrieben werden. Auch aus unserer Sicht ist es wichtig, hier die Beratungsergebnisse des Ausschusses und den Bericht abzuwarten, aber ein paar Punkte, denke ich, kann man dann doch benennen. Ich glaube, es lässt sich in drei Blöcke im Wesentlichen gliedern. Das eine ist die Frage von Fähigkeiten und Stärken, die wir bei der Polizei und bei den Sicherheitsbehörden ausbauen oder entwickeln müssen. Der eine ganz wichtige Schritt, den wir bereits eingeleitet haben, ist die Modernisierung der Landesbereitschaftspolizei mit dem Aufbau einer zusätzlichen Einheit, einer zusätzlichen Beweissicherungs- und Festnahmeneinheit, besonders ausgebildet mit speziellen Fähigkeiten, damit uns eben so was wie am Schulterblatt nicht noch einmal passiert und wir dort nicht auf Spezialkräfte angewiesen sind, sondern sofort handlungsfähig sind.

Das Zweite ist, dass wir die durchaus neue Qualität der Strafverfolgung, die wir durch die Soko Schwarzer Block etabliert haben, aufrechterhalten, beibehalten und nach Möglichkeit als Standard auch noch ausbauen. Das betrifft das Thema Beweiserfassung, Beweisauswertung, auch die internationale Zusammenarbeit zur Strafverfolgung auch von Tätern im europäischen Ausland. Das hat nicht nur was mit Gerechtigkeit und Handlungsfähigkeit und Rechtsstaatlichkeit zu tun, sondern auch mit Prävention, Abschreckung, Verfolgungsdruck-erhöhung des Entdeckungsrisikos. Nach allem, was wir dort an Rückspiegelung auch aus dem Bereich der Szene bekommen, ist das eine als außerordentlich wirksam empfundene Maßnahme, und das werden wir beibehalten.

Wir werden uns in der Tat auch mit dem Thema Informationsgewinnung, auch durchaus mit dem Thema verdeckte Informationsgewinnung und mit dem Thema internationaler Austausch beschäftigen müssen. Das ist das Stichwort Elbchaussee. Dass wir eine Aktion in dieser Größenordnung mit 220 Beteiligten, dass es darauf keinerlei Hinweise auf genau diese Aktionen gegeben hat, ist ein Alarmzeichen, im Übrigen für die Sicherheitsbehörden bundesweit. Das ist ein sehr ernsthafter Umstand, mit dem wir da umgehen müssen und wir haben Anlass zu prüfen, wie wir dort zu einem, ja, zu einem besseren Informationsbild kommen.

Es wird weiter gehen um die Frage unserer taktischen Fähigkeiten, auch mit größeren dezentralen Aktionen umzugehen und hier schnell und wirksam reagieren zu können. Auch das Stichwort Elbchaussee. Und natürlich wird es auch um einen sehr wachsamem, aufmerksamem und illusionsfreien Umgang mit linksextremistischen Strukturen in unserer Stadt geben. Es kann ja gar keine Frage sein. Dort werden wir sehr, sehr dicht dranbleiben und uns auch ausdrücklich alle Handlungsoptionen offenhalten. Und das gilt natürlich ausdrücklich nicht nur für die Rote Flora, es gilt auch und in besonderer Weise für den Roten Aufbau Hamburg und für die Interventionistische Linke. Die Fokussierung auf die Rote Flora nimmt hier in der Diskussion häufig ein Ausmaß an, das zu einer Überhöhung der Flora und im Gegenzug zu einer Verharmlosung anderer gefährlicher linksextremistischer Strukturen in unserer Stadt führt.

Ein weiterer Punkt ist die Dokumentation des Einsatzgeschehens im Kontext von Konfliktsituationen und Ausschreitungen. Hier werden wir prüfen, mit welchen Möglichkeiten wir hier zu einer verbesserten Dokumentation kommen. Da geht es sowohl um die Beweissicherung von Straftaten, aber auch natürlich um die Nachprüfbarkeit von Vorwürfen gegenüber Polizeibeamten, aber auch um Deeskalation, wenn man hier zum Beispiel über den Einsatz von Body-Cams nachdenken würde. Wir wissen aber auch, dass es dort rechtliche Grenzen gibt, mit denen wir uns auseinandersetzen haben.

Ein weiteres Thema ist der Umgang mit heterogenen, dynamischen, sich dynamisch entwickelnden Menschenmengen, wie wir es eben hier erlebt haben, die zum Teil Versammlungscharakter haben können, zum Teil auch nicht, wo sich der Charakter auch verändern kann. Hier sind auch andere Disziplinen als, sage ich einmal, Polizeiarbeit oder Polizeifachlichkeit gefragt. Hier geht es auch um soziologische Themen, hier geht es um Konfliktforschung, Gewaltforschung und dort tatsächlich auch um eine Intensivierung der wissenschaftlichen Arbeit.

Ein zweiter großer Block ist das Thema Kommunikation und selbstverständlich auch Reduzierung der Belastungen für die Bevölkerung. Es darf zu vergleichbaren Belastungen der Hamburger Bevölkerung im Kontext eines Großereignisses nie wieder kommen. Das betrifft einige konkrete Punkte, die hier auch sich aus den Ausschussberatungen und den Ergebnissen ergeben haben. Das ist das Thema Verkehrskonzept, die Frage der Sperrungen, das betrifft auch ein Thema wie Hubschrauberlärm und das Nachdenken über Alternativen, aber

auch insgesamt eine intensivere Abschätzung von Folgen und Belastungen aus einem bestimmten erwarteten Einsatzszenario heraus und hier eben auch einen verbesserten Dialog auch mit Bevölkerung und den Betroffenen in besonders im Fokus stehenden Teilen der Stadt.

Insgesamt wird man sagen können, dass wir mehr Kommunikation brauchen, einmal im Vorfeld konfliktbehafteter oder konfliktgeneigter Ereignisse, sowohl mit Bürgerinnen und Bürgern, aber eben auch mit Akteuren und Vertretern der linken und polizeikritischen Szene. Ich glaube, dass wir zusätzliche Kommunikationskanäle brauchen über die Gespräche zwischen ... die Kooperationsgespräche zwischen Anmeldern und Versammlungsbehörde hinaus. Es gibt andere Phänomenbereiche, zum Beispiel Fußballgewalt, wo das mitunter gelungen ist, auch nicht immer, aber mitunter, und ich glaube, dass wir hier aufgefordert sind zu versuchen, unsere Kommunikationsmöglichkeiten hier zu verbessern. Das kann Polizei aber nicht allein, sondern das hat auch was mit der Gesprächsbereitschaft des Gegenübers zu tun.

Ein weiterer Punkt ist die einsatzbegleitende Kommunikation. Da geht es auch um Verstehbarkeit und Akzeptanz polizeilichen Handelns und um die Entschärfung eben auch von Konfliktsituationen. Hier werden wir über den erweiterten Einsatz von Social Media oder eben auch den erweiterten Einsatz der Kommunikationsteams nachdenken, weil wir schon wahrscheinlich ein breiteres Spektrum an Kommunikationskanälen auch während des Einsatzes brauchen. Und zuletzt auch der nachlaufende und ... also, nachlaufend zu Einsätzen die erforderliche Kommunikation, auch eine kontinuierliche einsatz- und ereignisunabhängige Kommunikation wird wichtig sein in Zukunft.

Und ein allerletzter Punkt sozusagen, ein dritter Block, den ich nur ganz kurz ansprechen will, weil er außerhalb der Arbeit, ein Stück weit außerhalb der Verantwortung und Steuerbarkeit der Sicherheitsbehörden liegt, und das ist natürlich der gesamtgesellschaftliche Umgang mit den Phänomenen, die wir erlebt haben. Also natürlich die Frage des Umgangs mit linksextremistisch motivierter, begründeter politischer ... also aus diesem Kontext heraus begründeter politischer Gewalt. Wir haben gegenüber rechtsextremistischer und islamistischer Gewalt einen gesellschaftlichen Konsens der Ächtung und der Nichtakzeptanz. Das haben wir in dieser Form bei linksextremistischer Gewalt nicht. Wir würden es aber brauchen. Was wir nicht brauchen, ist eine Verharmlosung und auch vielfach eine klammheimliche Akzeptanz und eine vielfach ..., der vielfach unternommene Versuch der Rechtfertigung linksextremistischer Gewalt. Wir glauben, dass wir auch ein Thema haben im Bereich dann eben der Linksextremismusprävention und der Gewaltprävention in diesem Kontext. Und schließlich, wenn wir wollen, dass es in Zukunft friedlicher bleibt in derartigen Auseinandersetzungen, dann ist es wichtig, dass alle Beteiligten eben etwas dazu beitragen. Dann brauchen wir eben auch die selbstkritische Reflexion innerhalb der linken Szene und die Durchbrechung des Solidaritätsdrucks innerhalb der Szene, die sich dann eben auch auf den gewalttätigen Teil erstreckt. Wir brauchen eine Isolierung der gewaltorientierten Extremisten. Wenn wir das nicht hinbekommen, dann werden wir auch mit unseren Kommunikationsbemühungen am Ende keinen Erfolg haben. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Dr. Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich glaube, dass der Senator eben gezeigt hat, dass dieser Ausschuss durchaus mehr geleistet hat, als einige meiner Vorrednerinnen und Vorredner hier dargelegt haben. Und ich glaube, ich möchte mich jetzt nicht lange über die Frage streiten, was jetzt besser gewesen wäre, ein PUA oder nicht, aber ich möchte dann doch noch einmal erwähnen, dass ja am Ende des Tages keine Fraktion auch einen Antrag für einen PUA einmal in die Bürgerschaft eingebracht hat, um den dann auch

zur Abstimmung zu stellen beziehungsweise einen PUA zu initiieren. Und ich glaube, dass wir, weil wir den anderen Weg gewählt haben, durchaus auch selbstbewusst sagen können, dass wir eine ganze Menge Sachen gemacht haben, die ein PUA nicht hätte machen können, nämlich die Frage von Expertenanhörungen. Das war zum Teil sehr gewinnbringend, als wir hier den ehemaligen Polizeipräsidenten von Bonn hatten, um zu gucken, wie kann man eigentlich mit Demonstrationen umgehen, wo wir mit Konfliktforschern geredet haben. Und ich glaube, dass sozusagen wir da durchaus selbstbewusst auftreten können, weil wir haben nämlich aus meiner Sicht Folgendes geschafft als Ausschuss: Wir haben es geschafft, die Fakten, die sich ... die für die Bewertung der Ereignisse in diesen Tagen wichtig waren, systematisch und aus meiner Sicht sauber zusammenzutragen und diese auch gemeinsam zu besprechen. Das, was wir nicht geschafft haben, das möchte ich auch hinzufügen, ist, dass wir daraus eine gemeinsame Erzählung gemacht haben, die die Stadt als sozusagen die Erzählung akzeptieren kann, die sich da eigentlich abgespielt hat. Und das ist ... möchte ich einmal an ein paar Beispielen aus meiner Sicht deutlich machen. Das ist zum Beispiel die Frage aus meiner Sicht, wie ist das mit dem Schulterblatt 1, einem der ganz zentralen Punkte. Wir haben nicht im Sonderausschuss, aber in der ersten Innenausschusssitzung ja dazu ein Video gesehen, auf dem klar erkennbar war, dass da Menschen auf dem Dach waren. Wir haben die sehr deutliche Aussage, die aus meiner Sicht auch niemand anzweifelt, dass die Polizei ..., zumindest die Beamten haben ja remonstriert, weil sie gedacht haben und es wahrscheinlich auch real war, dass da Dinge von oben runtergefallen sind und runtergeschmissen worden sind und dass deswegen die Situation entstanden ist. Und deswegen finde ich, wenn man dann die Fakten so rum bewertet und die Erzählung erzählt, dass man sagt, na, da ist eine Falle gestellt worden oder eigentlich sind die Beweismittel ja gar nicht mehr auffindbar, dann ist das etwas, was ich dann nicht mehr legitim finde, weil die Situation schon so ist, dass aus meiner Sicht die Fakten klar sind und man dann auch die ... gucken kann, dass die Beamten da unten eben das Gefühl hätten, sonst hätten sie da nicht remonstriert, dass da eben was passiert. Und so haben wir die Fakten zusammengetragen, aber wir haben es nicht geschafft, eine einheitliche Erzählung dazu hinzubekommen, und das kann man auch an anderen Beispielen machen.

Wir hatten eine Zeitungskontroverse, die auch diesen Ausschuss mit erfasst hat zu dieser Frage Rondenbarg, was ist da eigentlich passiert. Ich finde auch immer, dass man das sehr kritisch angucken muss, das ist, glaube ich, auch Aufgabe dieses Ausschusses, ich finde, auch von sehr viel unterschiedlichen Perspektiven, jeder Mensch hat da eine andere Perspektive drauf. Aber diese Kontroverse, die es da gegeben hat, hat, glaube ich, auch zum Verstehen der Ereignisse am Rondenbarg in diesem Fall beigetragen, dass es da eben auch keine weitere Legendenbildung gegeben hat, und insofern kann man das auch für Welcome to Hell sagen. Auch bei Welcome to Hell kann man ja sehr klar sagen, dass ... die Polizei hatte eine Perspektive auf die gewalttätigen Demonstranten und gleichzeitig hatten sehr viel friedliche Demonstranten eine auch legitime Perspektive auf die Polizei. Und beide Perspektiven, muss man ja klar sagen, sind legitim, und am Ende des Tages haben wir festgestellt, es war im Prinzip eine nicht auflösbare Situation. Aber das kann man erst einmal zur Kenntnis nehmen, dass es diese unterschiedlichen Perspektiven gegeben hat. Was man aber dann nicht sagen sollte, ist, und da sind wieder beim Thema Erzählung, dass eben wir die ganze Zeit eigentlich nur nach dem Schuldigen suchen, so nach dem Motto, wer hat eigentlich angefangen. Fakt ist, Gewalt ist da nicht zu rechtfertigen. Und deswegen wäre es, glaube ich, gut und würde uns, der Stadt weiterhelfen, wenn wir sozusagen uns versuchen, an den Fakten zu orientieren und diese zu verstehen, anstatt sozusagen sie für unsere eigenen Erzählungen die ganze Zeit zu verinnerlichen. Und das könnte man quasi auch zum Thema Rote Flora sagen, wir haben ein Thema, die Rote Flora war vorher schuld, sie war vor dem Ausschuss schuld, sie ist nach dem Ausschuss schuld, dass der Verfassungsschutzchef auf

dem Weg dahin gesagt hat, also hätten wir strafrechtliche Erkenntnisse – die Polizei hat es, glaube ich, auch immer gesagt –, dann hätten wir die Ihnen spätestens jetzt gesagt. Und dass dabei zum Beispiel auch das Thema, was ja sonst auch andere Parteien hier umtreibt, dass beispielsweise andere Organisationen wie der Rote Aufbau da vielleicht eher sogar verharmlost werden dahinter, das tut dem nicht gut. Und deswegen ist, glaube ich, aus meiner Sicht eine Sache gut gelungen, nämlich die Frage, dass wir hier Fakten zusammentragen. Was nicht gut gelungen ist, ist die Tatsache, dass wir uns nicht darauf einigen konnten, wie man diese Fakten bewertet. Und das liegt sehr stark daran, dass aus meiner Sicht viele auch mit einer Idee vorher in diesen Ausschuss gegangen sind, die sich im Laufe der Ausschussberatung nicht grundlegend verändert hat und auch nicht in einigen Fällen verändert hat, und dann wird es natürlich schwierig, daraus auch sinnvolle Erkenntnisse zu ziehen.

Ich glaube, um dann zum zweiten Thema zu kommen, nämlich die Frage, was sind eigentlich Erkenntnisse. Da haben wir heute schon gehört, viele Fraktionen behalten sich auch noch vor, in der bürgerschaftlichen Debatte dann das vorzulegen, was sie als Erkenntnisse aus diesem Ausschuss ziehen. Ich möchte nur auch hier betonen, dass es eine ganze Menge Fragen gibt, die, oder Themen gibt, die eigentlich im Rahmen der Ausschussarbeit zum Teil, aber eben auch darüber hinaus aufgegriffen worden sind, auch wenn es nicht allen gefällt – der Innensenator hat relativ viel dazu eben gesagt –, aber das ist das Thema Soko Schwarzer Block, Verstetigung der Arbeitsstrukturen. Das ist das Thema, was in der Innenministerkonferenz weiter aufgearbeitet wird. Das ist das Thema Stärkung der Landesbereitschaftspolizei, aber das ist eben auch das Thema Kennzeichnungspflicht. Das ist das Thema Verkehrskonzept, wie geht man eigentlich damit um? Und das Thema Belastung mit der Bevölkerung. Und darüber hinaus gibt es noch eine ganze Reihe von weiteren Themen und die Fraktionen werden ja auch dann in der Bürgerschaftssitzung eigene Anträge dazu vorlegen, um das sozusagen dann auch in der Ausführlichkeit zu besprechen. Aber ich glaube, dass deswegen auch das Ergebnis dieses Ausschusses nicht nur sein wird, wir haben die Fakten zusammengetragen und uns dann leider nicht auf etwas geeinigt, wie man sie interpretiert – was schade ist, was leider ein ... Was richtig geholfen hätte, dass die Stadt Hamburg ihren Frieden damit hätte stärker machen können. Aber ich glaube, dass darüber hinaus es so ist, dass wir verschiedene Erkenntnisse ziehen werden, die nicht nur dieses Ereignis nicht wiederholen lässt, sondern eben auch die zivilgesellschaftliche Arbeit in Hamburg, die Polizeiarbeit in Hamburg verbessern wird. Und ich glaube aber, dass es wichtig ist – und das hat der Innensenator auch gerade angesprochen –, dass dies nicht nur aufseiten der Polizei, sondern auch eben auf Seiten in weiteren Teilen der Zivilgesellschaft gilt. Und wenn wir das gemeinsam hinbekommen, dann hätten wir wirklich einen Schritt vorwärts gemacht. Und ich könnte mir aber vorstellen, dass wir das hinbekommen. Frau Schneider hat ja eben auch von einer Weiterentwicklung der Protestkultur gesprochen. Ich glaube, dass ganz viel davon auf der Frage der Kommunikation der Beteiligten miteinander liegt. Und wenn wir diese Statements dazu nehmen, dass wir daran ernsthaft arbeiten, weil, das ist ein Prozess, der dauert Jahre und der dauert länger als dieser Ausschuss. Insofern kann ich mich allen Mitbeteiligten nur anschließen, die gesagt haben, die Arbeit ist damit nicht abgeschlossen, sondern die Arbeit geht eigentlich weiter und sie ist hart und entbehrungsreich und in Wahrheit nicht von viel Ruhm geprägt, aber sie kann dazu führen, wenn man das vernünftig macht auf beiden Seiten, dass die Stadt Hamburg und die Gesellschaft daraus am Ende gestärkt hervorgeht. Und insofern glaube ich, dass dieser Ausschuss einen relevanten Beitrag dazu geleistet hat, dass man die Ereignisse rund um G20 besser kennt, besser versteht – ich hätte mir gewünscht, dass man sie auch ein wenig gemeinsamer interpretiert im Sinne des sozialen Friedens in der Stadt –, aber ich glaube, dass wir dennoch, wenn wir gut sind, viele Erkenntnisse daraus ziehen können und Ableitungen bilden können, die am Ende uns weiterbringen werden. – Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Schumacher.

Abg. Sören Schumacher: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wer G20 verstehen wollte, was da passiert ist, der musste sich mit viel Zeit dem widmen. Und das haben wir hier im Sonderausschuss getan und auch im Innenausschuss in sehr langen Sitzungen und deswegen kann ich es nicht verstehen, wenn man die Kritik äußert, dass man lange zuhören musste. Ja, das musste man, man musste auch verdammt viele Akten lesen, wenn man sich intensiv damit beschäftigen wollte. Und ich fand es gut, dass die Polizei ... es war ja in überwiegender Maße hier die Bundespolizei, die Landespolizei mit den Vertretern, die in wirklich detail... in einer Detailtiefe uns Abgeordneten versucht haben zu erklären, was ist dort passiert an den einzelnen Einsatzgeschehen, wir haben ja unheimlich kleine Unterteilungen unternommen. Und das gehört einfach dazu, um eben zu einer Grundlage zu kommen, über die wir sprechen können, was ist an den einzelnen Einsatzorten passiert.

Ich erinnere mich noch sehr genau an den Abend, wo Welcome to Hell war und ich den Fernseher anmachte und es war entweder in der Tagesschau oder in den Tagesthemen und der Reporter, der in der Liveschalte berichtete, das kann hier alles gar nicht sein, was hier passiert. Und durch diese monatelange Arbeit ist mir eigentlich klar geworden, ja, selbstverständlich konnte er das nicht verstehen, was da passiert, er stand ja auch nur an einem Punkt und hat auch nur einen bestimmten Blickwinkel auf die Situation gehabt, so wie wir vielleicht am Anfang, als wir in diesen G20-Ausschuss gegangen sind, auch nur hatten, aber wir haben doch unsere Perspektive erheblich erweitert. Und deswegen steht es uns, glaube ich, ganz gut an, dass wir eben auch lange zuhören mussten, auch wenn es anstrengend war.

Ein zweiter Punkt, den ich nicht unkommentiert lassen möchte, weil ich ihn wirklich mit Unverständnis hier eben in der Diskussion vernommen habe, die Kritik, dass wir hier die Rechtsstaatlichkeit im Ausschuss vermissen lassen hätten. Wer, Frau Schneider, vielleicht habe ich Sie ... ich habe Sie zumindest so verstanden, dass Sie gesagt haben, dass wir die Rolle, die wir als Abgeordnete einnehmen, nicht so wahrnehmen, wie es die Verfassung gebietet. Und das finde ich nicht korrekt. Alle Abgeordneten hier haben sich sehr intensiv damit beschäftigt. Vielleicht haben nicht alle Abgeordneten so gearbeitet, wie Sie das gern möchten, aber ich denke, wir können hier schon in Anspruch nehmen, dass wir hier die Arbeit intensiv begleitet haben, auch kritisch nachgefragt haben, wir wollten verstehen. Und dass die Konsequenzen und politischen Bewertungen auseinanderlaufen, das ist naturgegeben, dafür sind wir verschiedene Parteien, aber das kann nicht so stehen bleiben, dass wir hier nicht verfassungskonform gearbeitet hätten, das geht einfach nicht.

Vorsitzender: Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ich möchte gar nicht auf die Beiträge eingehen, auch wenn es viel zu sagen gäbe, weil ich glaube, die Debatte, die jetzt ansteht, die werden wir in der Bürgerschaft führen auf der Grundlage von konkreten Vorschlägen und Maßnahmen, wie etwas verändert werden kann. Ich wollte nur, nachdem den Mitarbeitern der Behörden gedankt wurde, dem schließe ich mich an, auch der Polizei, der Feuerwehrsicherheitsbehörden, wollte ich zwei Dinge noch sagen. Zum einen mich auch bei dem Vorsitzenden für die Zusammenarbeit zu bedanken, die Kappelleien, die wir hatten, waren äußerst wenig, insofern war das eine sehr gute Zusammenarbeit. Ich wollte aber auch den Mitarbeitern der Bürgerschaftskanzlei, die ja in diesem Ausschuss auch eine sehr intensive Betreuung zu leisten hatten, von der Akteneinsicht und der Überwachung bis hin zur Protokollerfassung, und wir haben ja gesehen, wie schnell das auch alles lief mit den Protokollen, die Sitzungsbegleitung, dafür ganz herzlichen Dank an all diejenigen, die auch aufseiten des Parlaments diese

Arbeit hier ermöglicht haben. Und ich glaube, da ist der seltene Moment, wo ich im Namen aller spreche.

Vorsitzender: Das ist so und das hatte ich mir auch noch fest vorgenommen, wir kommen dazu auch noch, dass wir Frau Bai und Herrn Dr. Rathje einander noch einmal danken, aber das ist so, da haben Sie für alle gesprochen. Herr Jarchow.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ja, das war schon fast eine Schlussrede von meinem Kollegen Gladiator, deswegen habe ich mir überlegt, ob ich noch was sage. Ich wollte nur was zu dem Kollegen Tjarks sagen, was die Gemeinsamkeiten angeht. Es war ja nie die Diskussion, dass wir einen gemeinsamen Bericht machen, sondern es war von vorherein vorgegeben, es gibt diese Wortprotokolle, es gibt dann einzelne Berichte der Fraktionen. Wenn wir jetzt, nachdem diese Berichte vorliegen und wir das in der Bürgerschaft diskutieren auf Gemeinsamkeiten stoßen, und da irgendwas Gemeinsames daraus machen, umso besser. Nur das jetzt schon, das war im Vorwege, das klang eben so ein bisschen, als ob wir uns da nicht einigen konnten. Das war nicht der Fall, nur um das klarzustellen.

Vorsitzender: Okay, vielen Dank. Dann habe ich keine weiteren Wortmeldungen an der Stelle. Dann machen wir jetzt weiter mit der Tagesordnung.

Zwei Drucksachen sind zurückgezogen worden. Das sind die Drucksachen 9987 und 9873. Dann haben wir die Drucksachen 9965 und 9760, das sind beides Ausschussberichte mit Wortprotokollen, die von dem Ausschuss nur an uns weitergeleitet worden sind, dass wir sie zur Kenntnis nehmen. Das haben wir getan und haben das ja auch bereits in unsere Beratungen mit einfließen lassen.

Und dann haben wir das verabredete Verfahren unter den Obleuten, dass wir die Berichte, und wir haben uns auch über den Umfang geeinigt, einreichen. Herr Dr. Rathje hat dankenswerterweise das geprüft, ob das formal alles so geht und da es sich ja um ... am Ende unser Bericht, den wir an die Bürgerschaft lenken, eine bloße Kenntnisnahme sein kann und auch die Empfehlungen, die die Fraktionen dort abgeben, keine fertigen Gesetzentwürfe sein können, dann müssten sie mit einem Zusatzantrag eingebracht werden, sondern bloße, ja, Handlungsempfehlungen sind beziehungsweise bloße Meinungsäußerungen, aus denen sich dann gleichwohl parlamentarische Initiativen weiter anschließen werden, haben wir also auch nicht das Problem, dass das schriftlich nachgereicht werden kann. Gleichwohl hatten wir mit den Obleuten gesagt, wir würden ja gern die Sitzung an dem 26. September als Bürgerschaftsdebatte erreichen. Was dann wieder bedeutet, dass wir spätestens am 12. September die Berichte vorlegen sollten. Und wenn wir Frau Bai, die sich in vielfacher Weise um diesen Ausschuss verdient gemacht hat, etwas entlasten wollen, dann machen wir auch etwas vor dem 12. September. Denn gleichwohl, wenn die Berichte ja nicht überprüft werden oder so etwas, müssen sie ja doch in ordentliche Form gebracht werden und auf den parlamentarischen Sprachgebrauch überprüft werden, obwohl ich der Meinung bin, das wird nicht das Problem sein.

Ja, und dann müssen wir jetzt eigentlich keinen Beschluss fassen, sondern einfach nur sagen, die Bürgerschaft möge von den Beratungen und von dem Bericht, der erstellt wird, Kenntnis nehmen. Das ist unser Votum an dieser Stelle. Und dann sind wir mit den Beratungen dieser Drucksache am Ende angelangt und alles Weitere in der Bürgerschaft.

Zu TOP 2

Und unter Tagesordnungspunkt 2, Verschiedenes, möchte ich dann das noch einmal aufgreifen, was Herr Gladiator gesagt hat und mich persönlich im Namen aller Ausschussmitglieder bei Frau Bai bedanken, die diesen Ausschuss begleitet hat und alles gemacht hat. Insbesondere auch deswegen, weil Frau Bai mir heute erzählt hat, dass sie mit Ende dieses Ausschusses aus der Bürgerschaftskanzlei in die Sozialbehörde wechselt, sie ist abgeordnet für eineinhalb Jahre. Das ist natürlich ein Gewinn für die Behörde und ein Verlust für die Bürgerschaftskanzlei, aber Sie kommen dann ja wieder. Da wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg und viel Vergnügen bei Ihren Tätigkeiten, bedanke mich ganz ausdrücklich bei Ihnen, bei allen anderen, die auch mitgeholfen haben. Auch bei Herrn Dr. Rathje, der uns bei verschiedener Gelegenheit Auskunft gegeben hat, bei allen anderen Mitarbeitern, die insbesondere den Akteneinsichtsraum betreut haben, das war ja nun auch sehr viel Arbeit. Die Sicherheitskräfte, die uns hier nicht helfen mussten, aber die da waren und uns immer ein gutes Gefühl gehabt haben, bei denen möchte ich mich auch bedanken, natürlich auch bei den Vertretern der Behörden, die da waren. Und schlussendlich auch bei dem Team, die den Livestream ermöglicht haben, das war auch sehr wichtige Arbeit, sehr gute Arbeit. Und ich hoffe, ich habe jetzt niemanden vergessen. Dann bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Christiane Schneider: Bei der Technik.)

Bei der Technik, ja, das meinte ich mit dem Livestream, genau, ja, vielen Dank. Ja, dann bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die konzentrierte Beratung und ich bin aber nicht unfroh, wenn ich in absehbarer Zeit nicht wieder einen Sonderausschuss leiten muss, als persönliche Anmerkung, da hat man etwas mehr Zeit für andere Sachen, und alles Weitere besprechen wir in der Bürgerschaft. Und dann bedanke ich mich, bis zum nächsten Mal.

gez. Milan Pein (SPD) (Vorsitz)	gez. Dennis Gladiator (CDU) (Schriftführung)	gez. Frauke Bai (Sachbearbeitung)
---------------------------------------	--	---